



Fraktion in Aktion
Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2007



Fraktion in Aktion
Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2007

Inhalt

Vorwort

06 Aufschwung stärken 14

- >> Haushaltskonsolidierung
- >> Arbeitsplätze
- >> Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung
- >> Unternehmensteuerreform
- >> Reform der Kapitalertragsbesteuerung
- >> Reform der Erbschaftsteuer
- >> Bürokratieabbau
- >> Mittelstandsentlastungsgesetz
- >> Modernisierung des GmbH-Rechts
- >> Qualifizierungsoffensive
- >> Kapitalbeteiligung
- >> Ausbildungspakt
- >> Föderalismusreform II
- >> Beschäftigungschancen in Privathaushalten

Nachhaltig investieren

- >> Qualifizierungs-Kombilohn
- >> Bildungssparen
- >> Hochschulpakt
- >> Anhebung der BAföG-Sätze
- >> Forschungsförderung
- >> Exzellenzinitiative
- >> Hightech-Strategie
- >> Vermögensbildung
- >> Förderung der Verkehrsinfrastruktur
- >> Masterplan Güterverkehr und Logistik
- >> Teilprivatisierung der Deutschen Bahn
- >> Prinzip der Nachhaltigkeit
- >> Energiepolitik
- >> Effizienzinitiative Deutschland
- >> Klimaschutz
- >> Entwicklung des ländlichen Raumes

26 Miteinander fördern 40

- >> Elterngeld
- >> Betreuungsangebote
- >> Familienkasse
- >> Kinderzuschlag
- >> Soziale Frühwarnsysteme
- >> Reform des Unterhaltsrechts
- >> Rentenerhöhung
- >> Betriebliche Altersversorgung
- >> Mehrgenerationenhäuser
- >> Behindertenpolitik
- >> Integration
- >> Novelle des Zuwanderungsrechts
- >> Islamkonferenz
- >> Nichtraucherschutz
- >> Verbraucherschutz
- >> Novellierung des Urheberrechts
- >> Gesundheitsreform
- >> Pflegereform
- >> Kulturpolitik
- >> Gedenkstättenkonzept
- >> SED-Opferrente
- >> Förderung des Ehrenamtes

Freiheit schützen

- >> Terrorbekämpfung
- >> Sicherheitsforschung
- >> Änderung des Passgesetzes
- >> Luft- und Seesicherheitsrecht
- >> Kriminalitätsbekämpfung
- >> Auslandseinsätze der Bundeswehr
- >> Nationale Sicherheitsinteressen
- >> Asienstrategie
- >> Menschenrechte und Freiheit

58 Globalisierung 72 gestalten

- >> EU-Ratspräsidentschaft
- >> Reformvertrag für die Europäische Union
- >> Subsidiaritätsprinzip
- >> Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft
- >> Multilaterale Weltwirtschaftsordnung
- >> Vorsitz der G8
- >> Entwicklungszusammenarbeit
- >> Strategische Standortpolitik

Gremien 88

224 CDU/CSU 92 Bundestags- abgeordnete

Kontakt 95

Vorwort

Deutschland hat sich verändert

Seit zwei Jahren trägt wieder eine unionsgeführte Bundesregierung Verantwortung für unser Land. Und voller Stolz können wir heute sagen: Es waren gute Jahre für Deutschland.

Im letzten Jahr haben wir mit Freude sehen können, dass unsere gemeinsame politische Arbeit erfolgreich ist. Deutschland boomt. Die Konjunktur ist so stark wie seit Jahren nicht mehr. Jeden Tag entstehen neue Arbeitsplätze. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatten so viele Menschen einen Arbeitsplatz: über 40 Millionen. Ein ausgeglichener Haushalt ist in greifbare Nähe gerückt. Mit unserer erfolgreichen und verlässlichen Politik haben wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewonnen.

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die beliebteste Regierungschefin seit Beginn der demokratischen Erhebungen. 80 Prozent der Wahlberechtigten sind mit ihrer Arbeit zufrieden. Auch mit der Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung ist die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zufrieden: 67 Prozent stellen uns ein gutes Zeugnis in der Außenpolitik aus. 59 Prozent finden, dass wir unsere Sache bei der Förderung von Familien gut machen. Die Mehrheit aller Befragten ist mit

unserer Wirtschaftspolitik zufrieden. Das zeigt: Unsere Politik kommt an. Die Menschen vertrauen darauf, dass wir die Probleme lösen können. Wer kann sich heute noch an die Diskussionen erinnern, welche Handschrift diese Koalition trägt? CDU und CSU sind die treibende Kraft dieser Regierung. Das steht außer Frage.

Das letzte Jahr stand im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Aufschwung schreibt viele unterschiedliche Geschichten: Geschichten von Menschen, die wieder Arbeit oder einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Geschichten von Arbeitnehmern, die mit Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren und hoher Flexibilität den Grundstein für den jetzigen Erfolg gelegt haben. Geschichten von Unternehmern, die weiter in Deutschland investiert und mit Kreativität und Risikobereitschaft neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen entwickelt haben. Und nicht zuletzt ist da auch die Geschichte einer Regierung, die die Weichen richtig gestellt hat. Kurzum: Dieser Aufschwung ist eine Gemeinschaftsleistung.



Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender

Nun liegt die erste Halbzeit hinter uns und die zweite Hälfte hat begonnen. Vor uns liegen noch große Herausforderungen: Noch immer sind 3,5 Millionen Menschen arbeitslos. Trotz Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung liegen die Lohnnebenkosten noch immer bei knapp 40 Prozent. Es werden zusätzliche Anstrengungen notwendig sein, um unser Land weiter voranzubringen. Dass das nicht immer leicht ist, haben wir in diesem Jahr erlebt. Die Gemeinsamkeiten mit unserem Koali-

tionspartner sind begrenzt. Unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben, Ziele und Mittel der Politik erfordern oft langwierige Verhandlungen und die Suche nach Kompromissen. Das ist mühsam und findet nicht immer Beifall. Die inzwischen gemeinsam erreichten Erfolge sollten alle Kritiker eines Besseren belehrt haben. Trotz aller Unterschiede ist die Große Koalition handlungsfähig und bereit, die vor uns liegenden Aufgaben anzugehen.



Dr. Peter Ramsauer, Erster Stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe

Den Aufschwung stärken

Die Deutschen blicken wieder optimistisch in die Zukunft. Zu Recht, denn seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren hat Deutschland die wirtschaftliche Trendwende geschafft. Inzwischen ist Deutschland wieder der beliebteste Investitionsstandort in Europa – auch als Folge unserer Politik.

Wir haben die größte Entlastung bei den Lohnnebenkosten in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Dadurch wird Arbeit günstiger, neue Arbeitsplätze entstehen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten mehr Netto vom Brutto. Das zeigt: Vom Aufschwung profitieren nicht nur wenige, sondern vom Aufschwung profi-

tieren alle in Deutschland. Daran wollen wir anknüpfen. Unsere Politik steht unter dem Motto: Den Aufschwung stärken – jeder muss erreicht werden.

Gute Wirtschaftspolitik muss in allererster Linie darauf gerichtet sein, möglichst vielen Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben. Denn nur ein Arbeitsplatz befreit den Menschen aus der Abhängigkeit des Sozialstaates und ermöglicht somit Freiheit und Selbstbestimmung. Trotz des Aufschwungs sind aber immer noch viel zu viele Menschen ohne Beschäftigung. Ihnen helfen wir mit der Einführung von Kombilöhnen und Vermittlungsprogrammen besonders. Das ist wichtig und richtig, aber kein Freibrief für wirkungslosen

Aktionismus. Denn verantwortungsvolle Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bemisst sich nicht an der Höhe und Dauer von Transferzahlungen, sondern an der Zahl derjenigen, die wieder einer bezahlten Beschäftigung nachgehen können.

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist ein Erfolg für jeden Einzelnen, der einen Arbeitsplatz gefunden hat. Er ist darüber hinaus auch ein Erfolg für unseren Sozialstaat und die kommenden Generationen. Denn niedrige Arbeitslosigkeit entlastet die Sozialkassen und die öffentlichen Haushalte. Mehr Beschäftigung heißt auch mehr Steuereinnahmen. Und mehr Steuereinnahmen helfen, weniger Schulden zu machen. Dadurch und dank disziplinierter Ausgabenpolitik ist es uns gelungen, endlich wieder einen Haushalt vorzulegen, der den Maastricht-Kriterien und den Vorgaben des Grundgesetzes entspricht. Auf diesem Weg werden wir weitergehen und spätestens 2011 keine neuen Schulden mehr machen. Das ist verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik. Und für diese Politik wird sich die Union auch weiterhin einsetzen.

Nachhaltig investieren

Das heißt jedoch nicht, dass der Staat immer weniger Geld ausgibt. Wichtig ist, dass er das Geld für das Richtige ausgibt. Deshalb haben wir unsere Politik unter den Dreiklang „Sanieren – Reformieren – Investieren“ gestellt. Statt für die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit zu zahlen, und damit doch nicht mehr zu tun, als notdürftig zu reparieren, müssen wir so investieren, dass neue Chancen für alle entstehen können.

Die allerwichtigsten Investitionen sind Investitionen in die Menschen, die in Deutschland leben. An erster Stelle stehen deswegen die Investitionen in Bildung. Gerade in einem rohstoffarmen Hochlohnland müssen wir alles daransetzen, um weiterhin gut ausgebildete Arbeitskräfte zu haben. Nur so können wir im internationalen Wettbewerb bestehen – gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Bildung ist gleichzeitig auch der Schlüssel für den persönlichen Aufstieg jedes Einzelnen. Sie ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und sichert so die Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg. Die Nationale Qualifizierungsinitiative zur Verbesserung der Bildung von der Grundschule bis hin zur Weiterbildung ist aus diesem Grund der richtige Weg.

Ohne die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen haben wir keine Zukunft. Der Eindämmung des Klimawandels gilt daher unsere besondere Aufmerksamkeit. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt und bereits wichtige Maßnahmen zu ihrer Erreichung eingeleitet. Der diplomatischen Meisterleistung unserer Bundeskanzlerin ist es zu verdanken, dass auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm erstmals eine grundsätzliche Einigung über den weltweiten Schutz des Klimas im Rahmen der Vereinten Nationen erzielt wurde. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft weitergehen. Denn als christliche Parteien ist es für uns Pflicht und Auftrag, die Schöpfung zu bewahren.

Zu einer lebenswerten Umwelt gehört auch ein intakter ländlicher Raum. Darum unterstützen wir die Landwirtschaft. Die Mehrheit der Deutschen lebt zudem nicht in großen Städten. Deshalb sind Investitionen in die Infrastruktur ländlicher Gebiete eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

Das Miteinander fördern – Teilhabe ermöglichen

Für CDU und CSU steht der Mensch im Mittelpunkt. Aufgabe der christdemokratischen Politik ist es, die Bedingungen für ein gelingendes Leben zu garantieren. Deswegen fördern wir das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kern des Miteinanders ist die Familie. Ihr gilt unsere besondere Unterstützung. Mit Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen geben wir Eltern eine echte Wahlfreiheit und helfen jungen Menschen bei der Entscheidung für die Familie. Mit der Reform der Pflegeversicherung stellen wir sicher, dass sich die Situation für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen

spürbar verbessern wird. Unsere Gesundheitsreform garantiert mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Wahlfreiheit und weniger Bürokratie.

Miteinander ist auch eine Frage gelungener Integration. Über 8 Millionen Ausländer leben mittlerweile in Deutschland. Mit unserem Nationalen Integrationsplan fördern wir Migranten besser als bisher. Wir fordern aber auch einen deutlichen Eigenbeitrag. Teilhabe wird erst durch den Erwerb der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unseren Grundwerten möglich. Parallelgesellschaften lassen wir nicht zu.

Außerdem haben wir das Ehrenamt gestärkt, denn ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Freiwilliger wäre unser Miteinander ärmer. Genau deswegen fördern wir auch Kunst und Kultur stärker als die Vorgängerregierungen. Es ist dabei unser besonderes Anliegen, die Erinnerung an die beiden Diktaturen aufrechtzuerhalten. Insbesondere die Opfer müssen ein ehrendes Gedenken und eine Würdigung ihres Schicksals erhalten. Deswegen haben wir in diesem Jahr eine Rente für Opfer des SED-Regimes eingeführt.

Freiheit schützen, Globalisierung gestalten

In diesem Jahr ist uns wieder deutlich geworden: Deutschland steht im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Der vorbildlichen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass geplante Anschläge bislang rechtzeitig verhindert werden konnten. Deshalb ist es unsere vordringliche Aufgabe, diese Institutionen zu stärken und sie mit den richtigen Instrumenten und Befugnissen auszustatten. Wir müssen stark sein im Kampf für mehr Sicherheit, die unsere Freiheit schützt.



Dr. Norbert Röttgen
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Den internationalen Terrorismus müssen wir überall dort bekämpfen, wo er entsteht. Das macht die Auslandseinsätze unserer Bundeswehr in Afghanistan und am Horn von Afrika unverzichtbar.

Deutschland profitiert von der Globalisierung. Wir nutzen ihre Chancen mit Erfolg. Im letzten Jahr haben wir deshalb maßgeblich daran mitgewirkt, die Globalisierung zu gestalten. Europa ist eine unserer Antworten auf die Globalisierung. In der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es uns gelungen, den Reformvertrag auszuhandeln. Er macht



Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe,
Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers

die EU nicht nur insgesamt handlungsfähiger, sondern stärkt auch die Stellung der nationalen Parlamente. Auch auf den Politikfeldern Klimaschutz, Energiepolitik, Bürokratieabbau und Verbraucherschutz waren wir erfolgreich. Wir haben die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft vorangebracht und im Rahmen der G8 den Kampf gegen Produktpiraterie und den Schutz geistigen Eigentums auf die Tagesordnung gehoben sowie die Reformpartnerschaft mit Afrika und den Ausbau der Entwicklungshilfe vorangetrieben.

Zu einer strategischen Standortpolitik gehört auch, gute Bedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen. Das haben wir getan. Gleichzeitig haben wir Vorschläge entwickelt, wie man in Einzelfällen eine unerwünschte politische Einflussnahme durch Investitionen in den Schlüsselindustrien begrenzen kann, die relevant für unsere nationale Sicherheit sind.

Der diesjährige Arbeitsbericht dient wieder der umfangreichen Information über unsere politische Arbeit. Er fasst die Ergebnisse der letzten Monate zusammen und führt uns noch einmal vor Augen, was wir schon alles geleistet haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Rückgrat der Großen Koalition, unterstützt die Arbeit der Bundeskanzlerin und die ihrer Regierung und garantiert politische Stabilität auch in nicht immer einfachen Zeiten. Wir setzen eigene Akzente mit Initiativen, Anträgen und Gesetzentwürfen. Eine in unserem Bericht enthaltene Auswahl unserer Kongresse, Fachgespräche und Positionspapiere dokumentiert unsere vielfältige Arbeit wie auch unseren Austausch mit Experten und Kollegen, nicht zuletzt auf internationaler Ebene. Darüber hinaus bietet dieser Bericht gleichermaßen Anstöße für die politische Arbeit vor Ort sowie Hintergrundinformationen, die wir für Sie in Übersichten und Grafiken aufbereitet haben.

Auch in diesem Jahr hat sich gezeigt: Unsere Fraktion ist eine schlagkräftige Mannschaft. Unsere Ministerinnen und Minister leisten hervorragende Arbeit in der Regierung. In unserer gesamten Fraktion bündeln wir den detaillierten Sachverstand in den unterschiedlichen politischen Gebieten.

Für die erfolgreiche Arbeit bedanke ich mich bei den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen Geschäftsführern, fachpolitischen Sprechern, Obleuten und Ausschussvorsitzenden genauso wie bei allen Mitgliedern der Fraktion und unseren 290 Mitarbeitern.

Es war ein gutes Jahr.



Volker Kauder MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Dr. Martina Krogmann
Parlamentarische Geschäftsführerin



Manfred Grund
Parlamentarischer Geschäftsführer



Bernhard Kaster
Parlamentarischer Geschäftsführer

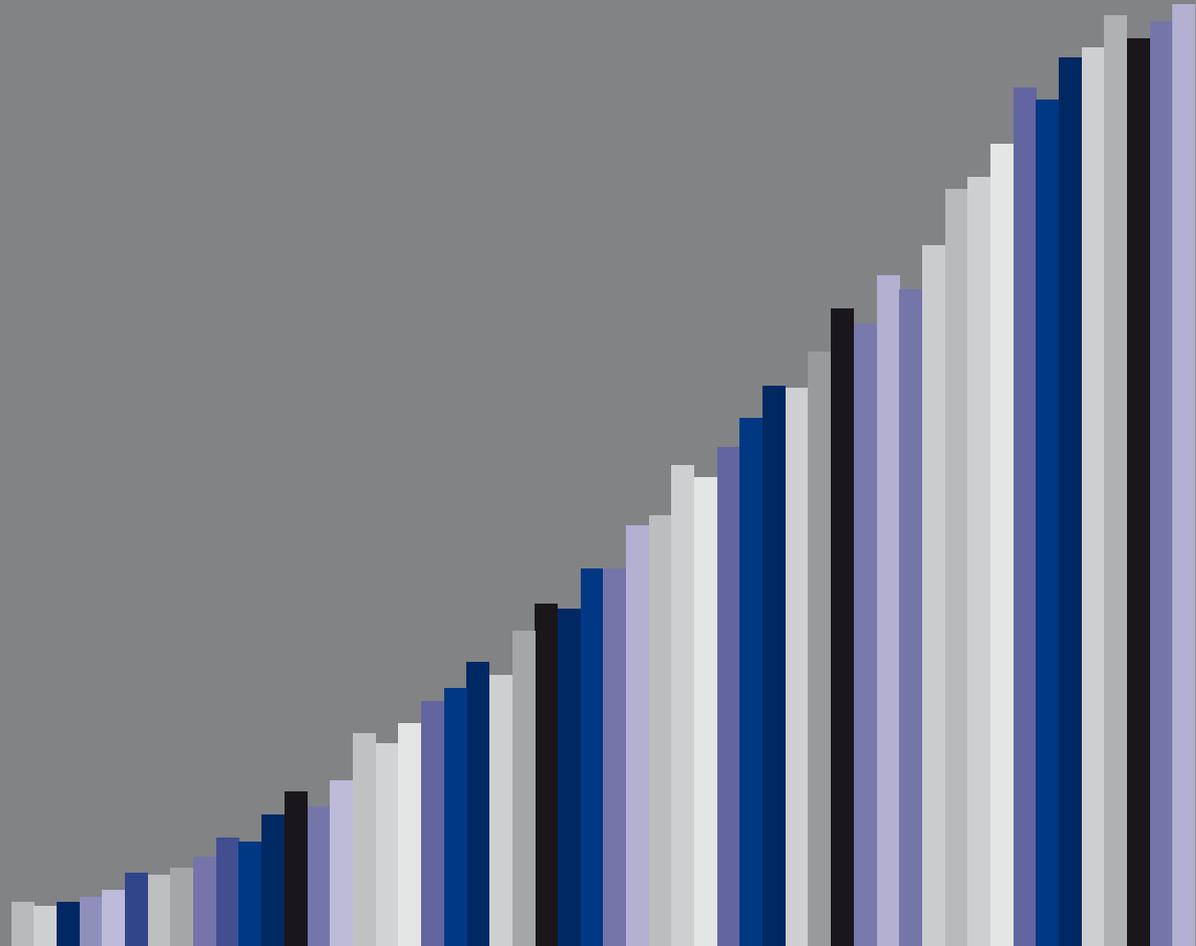


Hermann Gröhe
Justiziar



Dr. Wolfgang Götzer
Justiziar

Aufschwung stärken



2007 war ein Jahr des Aufschwungs. Unser Land hat in den zurückliegenden Monaten wirtschaftlich weiter Boden gut gemacht. Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Die Wirtschaft wächst um über 2,5 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 700.000 zurückgegangen, die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind um 550.000 angestiegen. Die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern über 50 ist ebenso deutlich gestiegen wie die Zahl der Ausbildungsplätze. Auch die privaten Investitionen sind kräftig gewachsen. 2007 hat gezeigt: Diese Bundesregierung ist eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Regierungen, die es in der Bundesrepublik Deutschland gab. Und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ihre treibende Kraft.



Die erfolgreichste Sozialpolitik ist und bleibt die Verbesserung der Chancen aller auf dem Arbeitsmarkt. Für uns gilt daher weiter: Sozial ist, was Arbeit schafft!

Ilse Falk, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer



Durch weitere Begrenzung der Lohnzusatzkosten setzen wir den Beschäftigungsaufbau fort – und das bedeutet eine nachhaltige Stärkung der Binnenkräfte.

Dr. Michael Meister, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wirtschaft, Mittelstand, Finanzen, Haushalt



Wenn wir wollen, dass Deutschland seinen Platz unter den Industrienationen verbessern und behaupten kann, müssen wir die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung optimal gestalten.

Laurenz Meyer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie



Kluge Finanzpolitik dient den Menschen in unserem Land – sie ist Garant für Wachstum und Beschäftigung.

Otto Bernhardt, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Finanzen



Die Konsolidierung des Haushalts ist dringender denn je. Spendierhosen aufgrund vermeintlicher Steuereinnahmen sind das falsche Signal.

Steffen Kampeter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt



Wir sind stolz darauf, dass diese Regierung unter Angela Merkel eine arbeitsmarktpolitische Bilanz vorgelegt hat, die sich sehen lassen kann.

Dr. Ralf Brauksiepe, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales



Wir brauchen mehr Geld für Familien, Bildung und Forschung statt Schuldzinsen. Das ist die Föderalismusreform II künftigen Generationen schuldig!
Antje Tillmann, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Föderalismuskommission II



Die großartigen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind zugleich die beste Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe



Der Mittelstand ist Motor der Wirtschaft und Stabilitätsanker unserer Gesellschaft. Er braucht verlässliche Rahmenbedingungen, fairen Wettbewerb und Freiraum für unternehmerisches Handeln.
Dr. Michael Fuchs, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand

Haushaltskonsolidierung

Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung

Eine wesentliche Voraussetzung für diese erfreuliche Entwicklung sind die Erfolge der Regierungskoalition bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts. Die Neuverschuldung konnte auch in diesem Jahr noch einmal deutlich zurückgeführt werden. Eine Absenkung der Nettokreditaufnahme auf höchstens noch 14 Milliarden Euro kann erreicht werden. Darin spiegelt sich die verlässliche und verantwortungsbewusste Konsolidierungspolitik der Unionsfraktion. Das Ziel bleibt fest vor Augen: Ein ausgeglichener Bundeshaushalt bis spätestens 2011.

Rückgang der Arbeitslosigkeit



Niedrigster Wert seit 12 Jahren
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2007

Arbeitsplätze

Noch gibt es in Deutschland über 3,5 Millionen Arbeitslose. In unseren Anstrengungen, die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, dürfen wir daher nicht

nachlassen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat für die Union immer noch höchste politische Priorität.

Den Aufschwung stärkt man nicht durch Umverteilung, sondern durch Entlastungen für all die, die ihn erarbeitet haben. Darum war die deutliche Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent zum Jahresbeginn ein weiterer wichtiger Beitrag zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur Entlastung der Arbeitnehmer. Dies hilft gerade den kleinen

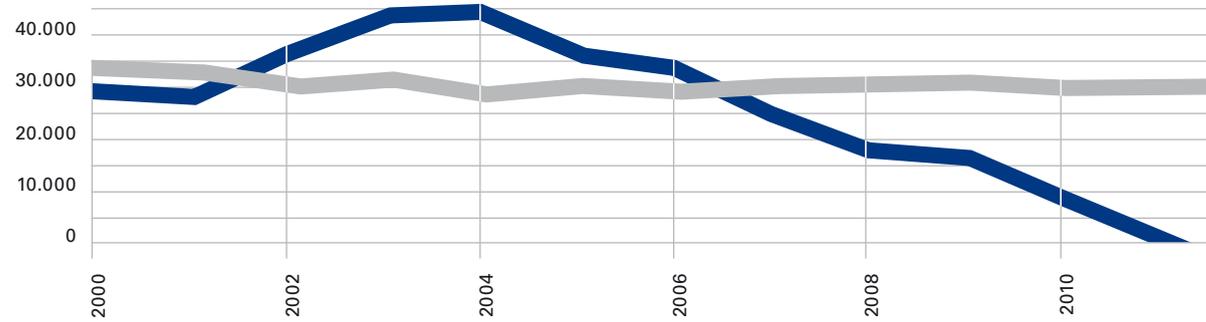
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

und mittleren Einkommensbezieher. Ein Durchschnittsverdiener wurde so um ca. 300 Euro jährlich entlastet. Eine weitere Absenkung des Beitragssatzes auf 3,3 Prozent zum Jahresbeginn

Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht nach Artikel 115 Grundgesetz



in Mio. €

Quelle: CDU/CSU-Arbeitsgruppe Haushalt, Stand 28. Juni 2007

■ Nettokreditaufnahme
■ Investitionen

2008 wurde vor Kurzem von der Union in den Koalitionsgesprächen durchgesetzt. Dies ist ein großer Erfolg für uns und für die Bürger eine weitere spürbare Entlastung.

Mit der Verabschiedung der Reform der Unternehmensbesteuerung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Attraktivität des Standorts Deutschland unternommen worden. Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen in Deutschland sinkt mit Inkrafttreten dieser Reform auf unter 30 Prozent – für Kapitalgesellschaften und mittelständische Unternehmen gleichermaßen. Gerade der Mittelstand gehört zu den Gewinnern dieser Reform. Die Fraktion von CDU und CSU hat im Gesetzgebungsprozess noch eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt, insbesondere für investitionsintensive Branchen sowie für den landwirtschaftlichen Bereich.

Gleichzeitig werden mit der Reform der Kapitalertragsbesteuerung und der Einführung einer Abgeltungssteuer von 25 Prozent die Besteuerung von Zinserträgen und anderen Kapitalerträgen in Deutschland sehr viel attraktiver und auch einfacher für die Sparer.

Die Fraktion von CDU/CSU treibt auch die Reform der Erbschaftsteuer voran. Sie wird die Unternehmensnachfolge erleichtern – auch im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen. Durch die Anhebung der Freibeträge stellen wir sicher, dass kleinere und mittlere Erbschaften näher Verwandte nach wie vor steuerfrei bleiben.

Darüber hinaus ist ein Durchbruch beim Abbau unnötiger Bürokratie erreicht worden. Bis 2011 werden die Bürokratielasten um 25 Prozent gesenkt werden. Damit werden die Unternehmen in Deutschland in einer Größenordnung von mehreren Milliar-

Reform der Kapitalertragsbesteuerung

Unternehmenssteuerreform

Reform der Erbschaftsteuer

Bürokratieabbau

Mittelstandsentslastungsgesetz

Modernisierung des GmbH-Rechts

Qualifizierungsoffensive

Kapitalbeteiligung

den Euro entlastet. Mit dieser Zielsetzung wurde in diesem Jahr ein zweites Mittelstandsentslastungsgesetz verabschiedet, das unnötige Berichtspflichten und Überregulierung beseitigt, die unternehmerisches Engagement und wirtschaftliche Dynamik behindert haben. In zahlreichen Rechtsbereichen werden nicht mehr zeitgemäße Regeln abgeschafft oder erneuert. Existenzgründer werden in den ersten drei Jahren von statistischen Meldepflichten befreit.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts wird diese bewährte Rechtsform für mittelständische Unternehmen attraktiver gemacht und Unternehmensgründungen erleichtert. Durch eine Absenkung des Mindeststammkapitals sinken die Kosten und damit die Hürden für eine Unternehmensgründung.

Mit der flächendeckenden Einführung der elektronischen Führung von Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregistern und der Schaffung eines Unternehmensregisters modernisiert die Große Koalition weitere Bereiche der Justizverwaltung mit dem Ziel schnellerer und effizienterer Dienstleistungen für die Wirtschaft.

Der Markt für Beteiligungskapital wird für Unternehmen immer wichtiger. In Deutschland besteht

im internationalen Vergleich aber noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital- und Unternehmensbeteiligungsgesellschaften verbessert. Insbesondere jungen Unternehmen und dem Mittelstand wird damit der Zugang zu Beteiligungskapital erheblich erleichtert.

Im Zuge des anhaltenden Aufschwungs ist in manchen Branchen bereits ein Mangel an Fachkräften erkennbar geworden. Damit droht ein entsprechender Verlust an Produktionschancen. Dieser Fachkräftemangel darf sich im Zuge des demografischen Wandels nicht weiter verschärfen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb mit allem Nachdruck die von der Bundesregierung initiierte Qualifizierungsoffensive um den erfreulichen Aufwärtstrend bei den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Abschlüssen zu verstetigen und damit dem sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen zu begegnen. Um auch jungen Schulabgängern Qualifizierungschancen zu eröffnen und damit die Perspektive einer dauerhaften Beschäftigung zu schaffen, ist



Michaela Noll und Beatrix Philipp



Bundesminister Michael Gos, Albert Rupprecht und Daniela Raab



Klaus Riegert, Christian Freiherr von Stetten und Hans-Joachim Fuchtel

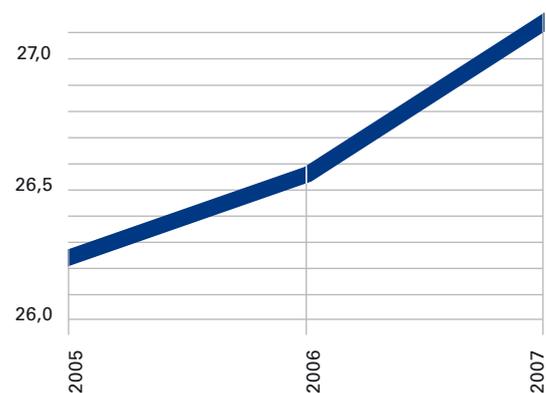


Klaus Hofbauer und Peter Rzepka



Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mehr sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigte



Angaben in Millionen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen
(vom Monat August des jeweiligen Jahres), Oktober 2007

auch der Ausbildungspakt um weitere drei Jahre verlängert worden – verbunden mit der Verdoppelung der Zahl der zugesagten Ausbildungsplätze.

Um die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen, ist dieses Jahr damit begonnen worden, die zweite Stufe der Föderalismusreform vorzubereiten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unmittelbar vor der Konstituierung der Kommission zur Föderalismusreform II ihre Leitlinien für eine solche Reform vorgestellt. Ziel ist eine klarere Zuordnung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Bereich des Finanzföderalismus. Dabei muss die Steuerautonomie der Länder gestärkt werden.

Im Sinne der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist auch eine Modernisierung der Verschuldungsregel notwendig. Die jährliche Nettoverschuldung darf nicht mehr die Regel, sondern nur noch die Ausnahme sein. Auch die Tilgung der bestehenden Schulden muss in Angriff genommen werden. Zudem benötigen wir ein Frühwarnsystem für Haushaltsnotlagen der Gebietskörperschaften, das von einem Stabilitätsrat von Vertretern des Bundes, der Länder und der Bundesbank überwacht wird.

Der Mittelstand – Rückgrat der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft wird vor allem durch rund 3,4 Millionen kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige in Handwerk, industriellem Gewerbe, Handel, Tourismus, Dienstleistungen und Freien Berufen geprägt. Mittelstandspolitik berührt damit die Interessen der überwiegenden Zahl aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten.

Mittelständische Unternehmen

- >> stellen **99,7%** aller Unternehmen in Deutschland dar,
- >> tätigen **40,8%** aller steuerpflichtigen Umsätze,
- >> bieten **70,5%** der Arbeitsplätze an und bilden **83,4%** aller Lehrlinge aus.

Günstigere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen durch:

- >> Bürokratieabbau
- >> Existenzgründungsoffensive als Startschuss für mehr Gründungen
- >> Stärkung der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes
- >> Modernisierung der beruflichen Bildung und Sicherung des Fachkräftenachwuchses
- >> Verbesserung der Finanzierungssituation des Mittelstandes
- >> Mobilisierung von Wagniskapital für Innovationen
- >> Stärkere Unterstützung des Mittelstandes auf Auslandsmärkten

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Modernisierung der
Verschuldungsregel

Ausbildungspakt

Föderalismusreform II

Beschäftigungschancen
in Privathaushalten



Das Plenum des Deutschen Bundestages. Rede des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder bei der Haushaltsdebatte

Aufschwung stärken heißt Arbeitsplätze schaffen. Nach Schätzungen sind derzeit rund 3,5 Millionen Menschen in privaten Haushalten mit der Wohnungsreinigung, Gartenarbeiten, Kinderbetreuung, Pflege oder Instandsetzung beschäftigt – nur 35.000 sind allerdings angemeldet. In einem Positionspapier hat die Unionsfraktion ihr Ziel unterstrichen, die Beschäftigungschancen in Privathaushalten künftig besser zu nutzen und private Haushalte als Arbeitgeber mit Unternehmen gleichzustellen. Ein Privathaushalt, der unmittelbar Arbeitsplätze schafft, soll die Kosten unbeschränkt von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abziehen können.

Nachhaltig investieren



Die Verantwortung der Politik erschöpft sich nicht in der Lösung aktueller Probleme. Verantwortungsvolle Politiker denken nicht nur bis zur nächsten Wahl. Verantwortungsbewusste Politik kümmert sich heute schon um die Herausforderungen der Zukunft und legt den Grundstein für den Erfolg unseres Landes in den kommenden Jahrzehnten. Mit Blick auf die Generation unserer Kinder und Enkel sanieren wir den Haushalt, um ihnen keinen unerträglich hohen Schuldenberg zu hinterlassen. Wir müssen aber auch zukunftsentscheidende Investitionen tätigen, die den Standort Deutschland dauerhaft wettbewerbsfähig halten.



Forschung und Bildung, Energiesicherheit und Klimaschutz sind die zentralen Themen, die unsere Zukunftschancen in einer globalisierten Welt bestimmen.

Katherina Reiche, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bildung und Forschung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Nur mit leistungsfähigen Verkehrswegen ist Deutschland fit für die Zukunft. Deshalb müssen Investitionen in die Infrastruktur Vorfahrt haben.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus, Kommunalpolitik



Noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik sind die Mittel für Forschung und Technologie so stark gestiegen wie in dieser Legislaturperiode!

Ilse Aigner, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung



Wir wollen die ländlichen Regionen als attraktive Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume erhalten und eine gleichgewichtige Entwicklung zwischen Stadt und Land.

Peter Bleser, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Wachsende weltweite Nachfrage nach Energieträgern und damit verbundene steigende Preise machen Klimapolitik auch zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Marie-Luise Dött, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Mit unserer zukunftsorientierten Verkehrspolitik sichern wir Mobilität in Deutschland und sorgen damit für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.

Dirk Fischer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost

Dabei kann es keine wichtigeren Investitionen geben als solche in die hier lebenden Menschen. Als rohstoffarmes Land können wir im internationalen Wettbewerb nur mit hervorragend ausgebildeten Arbeitskräften bestehen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Wir werden in den kommenden Jahrzehnten einen Rückgang bei der Zahl der Erwerbstätigen haben. Wollen wir unseren Wohlstand und unseren leistungsfähigen Sozialstaat erhalten, müssen wir die Produktivität deutlich steigern. Dazu brauchen wir hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte.

Bildung ist aber kein bloßer Standortfaktor, sondern auch der Schlüssel zu einem guten Leben und zum persönlichen Aufstieg. Eine gute Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben. Weltweit ist Deutschland

In die Zukunft investieren

Forschung: Bis 2010 drei Prozent des Bruttonettoprodukts für Forschung und Entwicklung

Hightech-Strategie:
15 Milliarden Euro für Spitzentechnologien

BAföG:
Mehr Geld für Ausbildung und Studium

Innovationen:
Prämien für Forschungseinrichtungen

Information und Kommunikation:
„IKT 2020“ mit 1,5 Milliarden Euro Fördervolumen

Hochschulen:
1,4 Milliarden Euro für Exzellenzinitiative

Mobilität:
Weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Quelle: Bundesregierung

für sein gutes Bildungssystem berühmt: Die duale Berufsausbildung gilt international als Vorbild, kaum ein anderes Land zieht so viele ausländische Studenten an wie das unsere. Es gibt aber auch Schattenseiten: Immer noch rund 76.000 Jugendliche haben die Schule im vergangenen Jahr ohne Abschluss verlassen, 15 Prozent bleiben ohne Berufsausbildung, etwa ein Drittel aller Studenten bricht das Studium ab. Weiterhin hängt Bildung stark von der Vorprägung durch das Elternhaus ab. Diese Vergeudung von Talenten lassen wir nicht zu! Wir haben uns gemeinsam mit CDU/CSU-geführten Ländern vorgenommen, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss bis 2012 zu halbieren. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber wir haben bereits große Anstrengungen unternommen, um es zu erreichen.

Der von unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik getragene Aufschwung zahlt sich auch für die Schulabgänger aus, die eine Lehrstelle suchen: Die Zahl der Ausbildungsplätze ist deutlich gestiegen, die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze ist um knapp 70 Prozent zurückgegangen. Das beweist: Der Ausbildungspakt wirkt! Aus diesem Grund haben wir ihn nicht nur verlängert, sondern von der Wirtschaft sogar die Zusage erhalten, jährlich doppelt so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen wie in der ersten Runde des Ausbildungspakts. Aber auch mit diesem Erfolg geben wir uns nicht zufrieden, wir wollen alle erreichen: Mit einem Qualifizierungs-Kombilohn möchten wir langzeitarbeitslosen Jugendlichen helfen, die mit den herkömmlichen Instrumenten der Arbeitsförderung nicht mehr erreicht werden können. Danach wird für arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind, ein „Qualifizierungskombi“ in Form einer Kombination aus Lohnkostenzuschuss und Qualifizierung umgesetzt. Ein weiteres Instrument ist

Qualifizierungs-Kombilohn

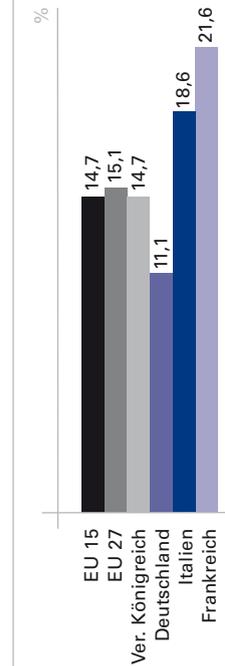
Bildungssparen

die Erprobung von Ausbildungsbausteinen, die durch die zuständigen Kammern zertifiziert werden sollen. Einige Berufsbilder sollen in Ausbildungsbausteine gegliedert werden. Nach jedem Baustein wird der Wechsel in ein duales Ausbildungsverhältnis möglich sein. Die erfolgreichen Einstiegsqualifizierungen werden auf hohem Niveau weiterfinanziert und sollen mit den Ausbildungsbausteinen kombiniert werden können.

In einer Wissensgesellschaft endet die Notwendigkeit zu lernen nicht mit dem Verlassen der Berufsschule oder der Universität. Lebenslanges Lernen ist die Devise für die Zukunft. Aus diesem Grund wollen wir die Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dabei die Etablierung des Bildungssparens besonders wichtig. Bildungssparen ist mehr als ein Finanzierungsinstrument. Der Ansatz ist geeignet in der Bevölkerung das Bewusstsein zu schaffen, dass Bildung und Weiterbildung gewinnbringende Investitionen sind. Deshalb werden wir uns weiterhin in der Koalition für die Etablierung des Bildungssparens einsetzen.

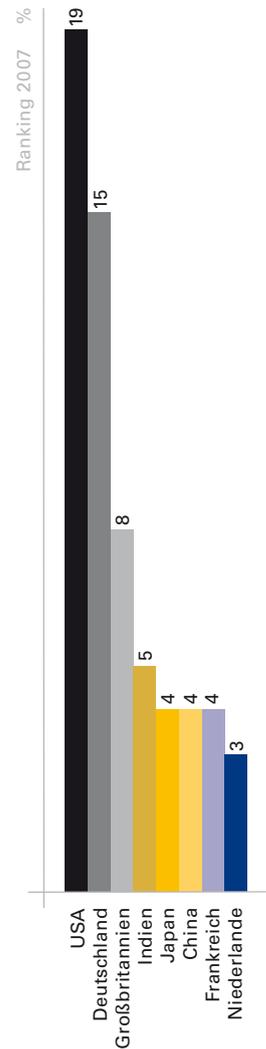
Um die Situation an den unterfinanzierten Hochschulen zu verbessern, stellen wir im Hochschul-

Erwerbslosigkeit von Jugendlichen in der EU



Angaben in Prozent
Harmonisierte Erwerbslosenquoten; saisonbereinigte Werte
Quelle: Eurostat, Oktober 2007

Die Top-Standorte für Forschung und Entwicklung



Angaben in Prozent
Quelle: Ernst und Young, Studie „Standort Deutschland 2007“

pakt 565 Millionen Euro bis 2010 zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung. Wir halten an unserem Ziel fest, 40 Prozent eines Jahrgangs zum Studium zu führen. Dafür gilt es auch, die materiellen Bedingungen für Studenten zu verbessern. Das schaffen wir mit einer Anhebung der BAföG-Sätze. Die Fördermittel für die Begabtenförderungswerke haben wir kontinuierlich erhöht. Momentan erhalten 0,8 Prozent aller Studenten ein Stipendium. Wir wollen diese Quote auf 1 Prozent bis Ende der Legislaturperiode erhöhen.

Die diesjährigen Nobelpreise für Chemie und Physik beweisen: Deutsche Forscher sind Weltspitze. Wir müssen alles daransetzen, dass dieser Satz auch in Zukunft seine Richtigkeit behält. Erfolgreiche Forschung ist der Motor unserer Zukunft. Mit erfolgreicher Forschungsförderung legen wir heute den Grundstein dafür, dass auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten Spitzentechnologie in Deutschland entwickelt wird, die weltweit konkurrenzfähig ist.

Mit der Exzellenzinitiative stärken wir den Wettbewerb zwischen den Hochschulen und spornen sie damit zu besseren Leistungen in der Forschung an. Dadurch bleiben wir auch in der Forschung konkurrenzfähig. Die Hightech-Strategie stellt 6 Milliarden Euro bis 2010 zur Verfügung, damit aus der Grundlagenforschung von heute die Anwendungstechnik von morgen wird. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Wissenstransfer zwischen Universitäten und Unternehmen zu, der im Mittelpunkt der Förderung steht. Inhaltlich liegt einer der Schwerpunkte auf Innovationen im IT-Sektor. Um diese voranzubringen, hat die Bundesregierung im Dezember vergangenen Jahres zum ersten nationalen IT-Gipfel eingeladen. Insgesamt hat die unionsgeführte Bundesregierung die Forschungs-

Hochschulpakt

Anhebung der BAföG-Sätze

Forschungsförderung

Förderung der Verkehrsinfrastruktur

Exzellenzinitiative

Hightech-Strategie

Vermögensbildung



Blick in die Vorstandssitzung

ausgaben so stark erhöht wie keine andere Regierung vor ihr. Bis 2010 wollen wir die deutschen Forschungsausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Hierzu müssen aber auch die Länder und Unternehmen einen Beitrag leisten und ihre Forschungsaufwendungen noch verstärken.

Unsere Investitionen beschränken sich nicht auf die Bildung, sondern sind darauf ausgerichtet, langfristig die Bedingungen in unserem Lande zu verbessern. Dazu gehört auch die verbesserte Vermögensbildung in der breiten Bevölkerung. Die

Beteiligung von Mitarbeitern an ihren Unternehmen ist in Deutschland noch vergleichsweise wenig verbreitet. Dies wollen wir ändern: Wir wollen die Vermögensbildung in Form von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen fördern und hierbei auch das Instrument steuerlicher Anreize bei Gehaltsumwandlungen nutzen.

Die Förderung der Verkehrsinfrastruktur genießt bei uns einen hohen Stellenwert. Bis 2009 werden – gegenüber den Planungen der Vorgängerregierung – insgesamt rund 5 Milliarden Euro zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Die Verkehrsinvestitionen werden damit auf einem Niveau von 11 Milliarden Euro jährlich verstetigt. Die Planungen für Infrastrukturprojekte werden zudem mit dem neuen Planungsbeschleunigungsgesetz erheblich vereinfacht. Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz wurden die Voraussetzungen für eine vereinfachte und beschleunigte Planung von großen Verkehrsprojekten geschaffen. Wichtige Straßen oder Bahntrassen sollen so bis zu zwei Jahre schneller verwirklicht werden können. Die guten Erfahrungen mit der Planungsbeschleunigung in den neuen Ländern können so für ganz Deutschland genutzt werden.



Dr. Michael Luther, Andreas Lämmel und Maria Michalk



Staatsministerin Hildegard Müller und Dr. Wolf Bauer



Eduard Lintner und Eduard Oswald



Ute Granold und Wilhelm Josef Sebastian



Wolfgang Meckelburg, Bundestagspräsident
Dr. Norbert Lammert, Cajus Julius Caesar,
Gerhard Wächter, Jürgen Herrmann, Hubert
Deittert, Steffen Kampeter und Dr. Günter
Krings (v. r.)

Mit Beschlüssen zur Finanzierung großer Infrastrukturvorhaben wie dem Bau der Transrapidstrecke vom Flughafen München zum Hauptbahnhof, dem Tiefbahnhof Stuttgart 21 und der Fehmarnbelt-Querung haben wir wichtige Leuchtturmprojekte angestoßen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich zudem für eine gesicherte Finanzierung des Galileo-Satelliten-Projektes ein.

Mit einem Masterplan Güterverkehr und Logistik werden wir ein Konzept für eine optimale Nutzung und Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger entwickeln, um vor allem dem weiter ansteigenden Güterverkehr (Zuwachs von +45 Prozent bis 2020) gerecht zu werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt weiterhin das Vorhaben der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Bund auf Dauer Eigentümer der Bahninfrastruktur bleibt und damit seine Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur auch in Zukunft wahrnehmen kann. Um diese Ziele zu erreichen, werden jetzt die vorgeschlagenen Optionen sorgfältig geprüft. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommt es darauf an, dass die von ihr festgelegten Kriterien in jedem Falle gewahrt werden.

Leitschnur der Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Damit steht Nachhaltigkeit für einen Politikansatz, der sich mit der Frage auseinandersetzt, wie die Welt aussehen soll, die wir unseren Kindern vererben. Es geht um die moralische Aufgabe und Fähigkeit, über das eigene Leben hinaus zu denken.



Fachgespräch „Anteil der erneuerbaren Energien auf dem Wärmemarkt steigern“, März 2007

Energiepolitik wird dabei immer wichtiger: Im Zuge der Verknappung fossiler Energieressourcen und der Bekämpfung des Treibhausgas effektes wird die Sicherstellung einer ausreichenden, kostengünstigen und umweltverträglichen Versorgung mit Energie zu einer strategischen Frage und zu einem kritischen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Energiepolitik muss sich an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit, der Versorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit ausrichten. Zur Erreichung dieser Ziele ist eine Politik für mehr Wettbewerb, mehr Effizienz, mehr Forschung und Entwicklung erforderlich.

Ohne größere eigene Energiereserven ist Deutschland angewiesen auf einen breiten Energiemix und auf eine ausreichende Diversifizierung der Energieversorgung. Wir treten deshalb dafür ein, alle Energiequellen einschließlich der Kernenergie vorbehaltlos zu prüfen und zu nutzen.

Masterplan Güterverkehr und Logistik

Teilprivatisierung der Deutschen Bahn

Energiepolitik

Prinzip der Nachhaltigkeit

Klimaschutz

Ein von der Fraktion aktiv unterstütztes umfangreiches Maßnahmenpaket sorgt im Bereich der leitungsgebundenen Energien wie Strom und Gas für mehr Wettbewerb: Die Kraftwerks-Netzanschluss-Verordnung gibt Kraftwerksinvestoren eine zehnjährige Durchleitungsgarantie. Der Übergang von der Kosten- zur Anreizregulierung gibt Betreibern von Strom- und Gasnetzen Erlösobergrenzen vor. Es entsteht der Anreiz, durch Kostensenkungen den Betriebserlös zu steigern. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird durch verschärfte Missbrauchsvorschriften für den Energiebereich ergänzt. Das 5. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung sieht die sukzessive Erhöhung der Fördermittel auf 428 Millionen Euro im Jahr 2008 vor. Hinzu kommen Mittel aus der Hightech-Strategie in Höhe von insgesamt 2 Milliarden Euro bis 2009.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 9. Oktober 2007 das Positionspapier „Sicher, sozial und sauber“ zur Energiepolitik verabschiedet. Darin ist u. a. klar festgehalten, dass wir Klimaschutz mit maximaler Effizienz wollen und deshalb marktwirtschaftliche Instrumente in der Energie- und Klimapolitik Vorrang haben.

Der Schutz des Erdklimas und die Verhinderung des Treibhauseffektes mit all seinen negativen Konsequenzen wie Überschwemmungen und Dürren ist eine der herausragenden Aufgaben unserer Zeit, eine Aufgabe für die ganze Menschheit. Die Länder Europas und Nordamerikas mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an (fossiler) Energie tragen hier eine besondere Verantwortung.

Die Politik zum Schutze des Erdklimas muss zugleich jedoch ausbalanciert werden mit den Belangen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit und Versorgungssicherheit sind wichtige Nebenziele.

Wirksamer Klimaschutz erfordert die Zusammenarbeit aller wichtigen Industrie- und Schwellenländer; Maßnahmen und Instrumente des Klimaschutzes müssen multilateral verankert sein. Die Bundeskanzlerin hat – unterstützt durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – hier mit der Einbindung weiterer wichtiger Staaten in die Verpflichtungen zum Klimaschutz auf der Ebene von EU und G8 einen Durchbruch erzielt.

Deutschland ist bereit, beim Klimaschutz im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Wir haben uns deshalb besonders ehrgeizige nationale Ziele gesetzt, die jetzt durch konkrete Maßnahmen untermauert werden müssen. Es gilt, die Beschlüsse der Bundesregierung auf ihrer Klausurtagung in Meseberg zur Energie- und Klimapolitik rasch umzusetzen. Oberste Messlatte für die Fraktion ist dabei eine maximale Kosteneffizienz und die Entwicklung marktwirtschaftlicher Instrumente. Der Handel mit CO₂-Emissionsrechten ist ein solches marktwirtschaftliches Instrument. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass der Emissionshandel in der zweiten Handelsperiode einfacher, unbürokratischer und effizienter wird. Mit dem Einstieg in die Veräußerung von Emissionszertifikaten wird mehr Markt geschaffen.

Ohne die weitere Nutzung der Kernkraft werden diese ehrgeizigen Ziele nicht erreicht. Deutschland ist mit der Ausstiegsstrategie international isoliert. Die Bundesregierung wirbt und arbeitet auf internationaler Bühne für verbindliche, ambitionierte Klimaschutzziele, die Vertreter des Ausstiegs bleiben aber eine überzeugende Antwort auf die Frage schuldig, wie wir ohne Kernkraft die Reduktionsziele erreichen wollen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier eine Reihe von Maßnahmen und Wege für mehr Klimaschutz aufgezeigt. Dazu gehört die „Effizienzinitiative Deutschland“ zur Einsparung von Energie, etwa im Gebäudebereich, oder auch der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien.

In der deutschen Landwirtschaft ist wieder Optimismus eingeleitet: Die Konjunkturerwartungen sind so gut wie seit sechs Jahren nicht mehr, die Bereitschaft zu Investitionen steigt kontinuierlich an. Die deutsche Landwirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger Zweig unserer Volkswirtschaft mit 4,3 Millionen Beschäftigten und einem Anteil von 7 Prozent an der Bruttowertschöpfung. Das Konjunkturbarometer Agrar steht auf dem höchsten Wert seit dem Jahr 2000. Deutschland ist nach den USA, Frankreich und den Niederlanden größter Agrarexporteur der Welt mit Exporten von mehr als 40 Milliarden Euro im Jahr 2006. Allein 2006 sind die Exporte der Agrar- und Ernährungswirtschaft um mehr als 10 Prozent gestiegen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht Politik mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie. Dabei werden wir konventionelle Betriebe nicht gegen Öko-Betriebe ausspielen. Bei wichtigen Regulierungen wie der Tierhaltungsverordnung oder dem Bundesimmissionsschutzgesetz haben wir für Wettbewerbsgleichheit mit anderen europäischen Staaten gesorgt.

Die Fraktion setzt sich für den ländlichen Raum ein. In einem von der Union initiierten Beschluss des deutschen Bundestages wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, Konzepte zur Entwicklung des ländlichen Raumes verstärkt anzuwenden und zu fördern.

Wir haben eine Reihe bürokratischer Auflagen abgebaut, u. a. bei bestimmten Grundanforderungen an die Betriebsführung in Zusammenhang mit der Gewährung von Finanzhilfen (Cross-Compliance-Regelungen) der Gemeinsamen Agrarpolitik und darüber hinaus eine Kommission zum Abbau weiterer bürokratischer Hemmnisse im

Entwicklung des ländlichen Raums

Effizienzinitiative Deutschland

Bereich der Landwirtschaft eingesetzt. Der geplante Abbau bürokratischer Lasten im Unternehmensbereich kommt auch der Landwirtschaft zugute.

Bis zum Jahre 2013 wurde Sicherheit geschaffen über die bereitzustellenden Finanzmittel der 1. Säule (Direktzahlungen) der EU-Agrarpolitik.

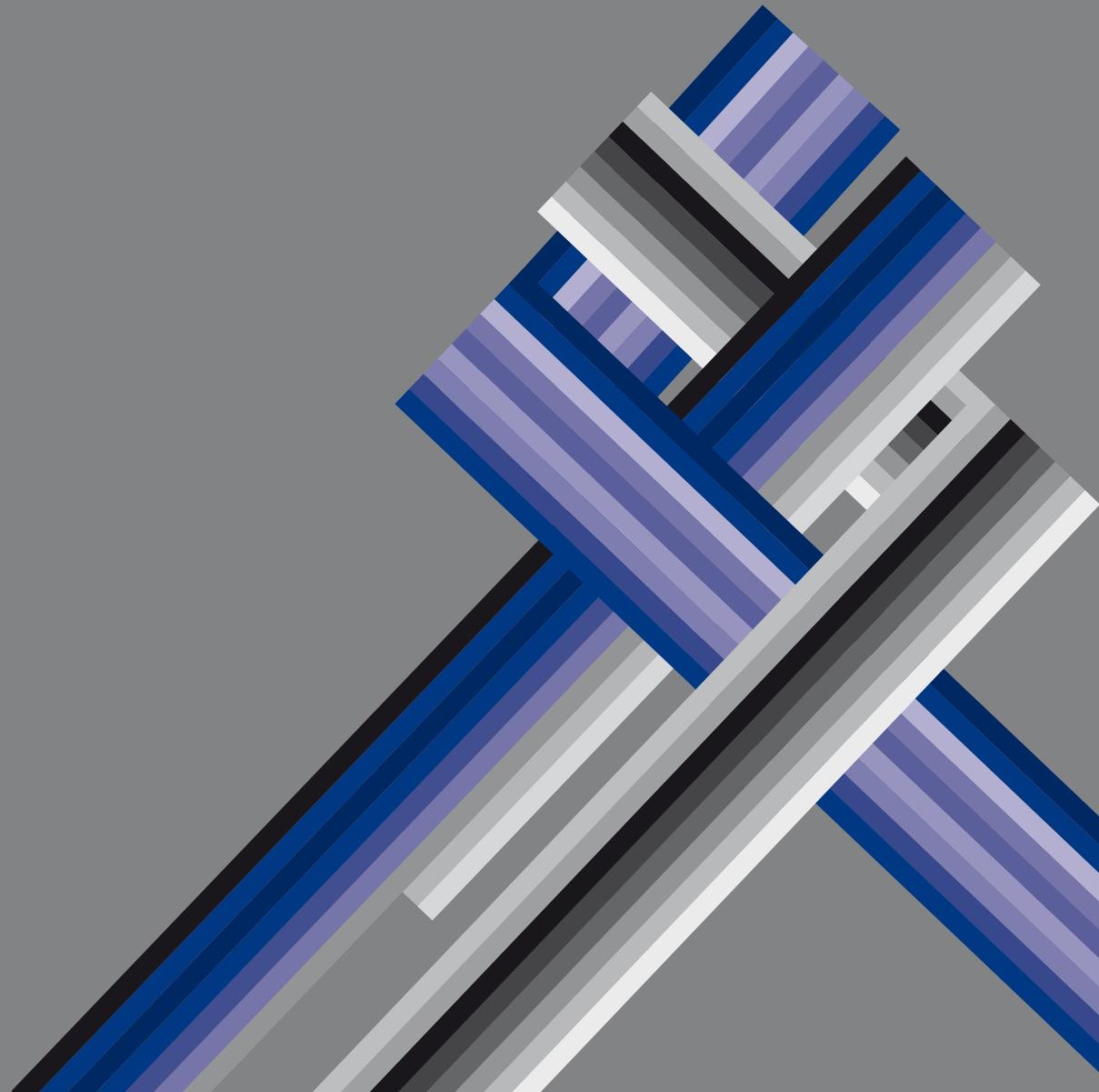
Wir haben bei der Reform der Unternehmensbesteuerung wichtige Verbesserungen für die landwirtschaftlichen Betriebe erreicht, insbesondere bei der Inanspruchnahme des Investitionsabzugsbetrags, und die bestehenden Abschreibungsregeln für Vieh gesichert. Ebenso werden wir bei der anstehenden Reform der Erbschaftsteuer auf die Berücksichtigung der besonderen Belange landwirtschaftlicher Unternehmen achten.

Die Vorsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Betriebe wurde erhalten und im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 angehoben. Damit bleibt dieses steuerliche Instrument weiter attraktiv.



Weinbaupolitischer Kongress „Deutscher Weinbau in Europa“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Vogtsburg, September 2007

Miteinander fördern



Im Mittelpunkt christdemokratischer Politik stehen der Mensch und die menschliche Gemeinschaft. Kern dieser Gesellschaft ist die Familie. Ihr gilt unsere besondere Unterstützung. Die Familie ist der wichtigste, aber natürlich bei Weitem nicht der einzige Ort, an dem Menschen zusammenleben. Deswegen fördern wir ein gutes Miteinander für eine lebenswerte Gesellschaft.



Die Union hat bei der Gesundheitsreform dafür gesorgt, dass Wettbewerb, Wahlfreiheiten und Freiberuflichkeit gestärkt werden.

Wolfgang Zöller, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz



Gesundheitspolitische Verantwortung tragen heißt: Wir müssen heute handeln, um Zukunft möglich zu machen.

Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit



Christlich-demokratische Familienpolitik schafft Bedingungen, dass sich Familien entfalten können und wieder mehr Kinder geboren werden, mehr finanzielle Gerechtigkeit für Eltern und Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung entstehen.

Johannes Singhammer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend



„Kultur“ ist Brot für die Seele, die „Medien“ sind das Salz der Demokratie! Wir von der Union machen uns stark für beides.

Wolfgang Börnsen, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kultur und Medien



Unsere Gesellschaft lebt vom bürgerschaftlichen Engagement der Menschen. Allein im Sport sind es 3,5 Millionen! Unser Dank gilt allen 23 Millionen Ehrenamtlichen.

Klaus Riegert, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt



Unser erreichtes hohes Niveau bei der Bearbeitung von Petitionen stärkt das Vertrauen in unsere lebendige Demokratie und ermutigt uns diesen Dienst für unsere Bürger fortzuführen.

Günter Baumann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Petitionen



Mit der Gruppe der Frauen bringen wir die spezifischen Sichtweisen, Erfahrungen und Forderungen von Frauen in alle Bereiche der Politik ein.

Ingrid Fischbach, Vorsitzende der Gruppe der Frauen



Unsere Politik im Zeichen der Generationengerechtigkeit hat das Ziel, die Chancen und Zukunftsperspektiven unseres Landes zu erhalten.

Marco Wanderwitz, Vorsitzender der Jungen Gruppe



Politik für Vertriebene, Aussiedler und nationale Minderheiten im 21. Jahrhundert ist keine Vergangenheitsbewältigung, sondern aktuelle Gegenwartspolitik.

Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



Starke Städte und Gemeinden sind die beste Grundlage für eine positive Entwicklung in unserem Land. CDU und CSU stehen für eine kommunalfreundliche Politik.

Peter Götz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Elterngeld

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht fest zum Prinzip der Wahlfreiheit bei der Kindererziehung. Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Erziehung von Kindern aufgeben oder unterbrechen oder weiterhin in Teil- oder Vollzeit erwerbstätig sein möchten. Mit der Einführung des Elterngeldes ist nunmehr dafür gesorgt, dass Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bis zu 14 Monate lang unterstützt werden. Mit der 12+2-Lösung bei den Partnermonaten und der Ausdehnung des Geschwisterbonus auf 36 Monate hat die Union durchgesetzt, dass es keine staatliche Bevormundung bei Erziehungsfragen gibt und Mehrkindfamilien gestärkt werden. Das sogenannte Mindestelterngeld i. H. v. 300 Euro stellt sicher, dass auch die klassische Alleinverdiener-Familie zu ihrem Recht kommt.

Familienkasse Betreuungsangebote

Damit Eltern wirklich wählen können, wie sie Berufs- und Familienleben miteinander vereinbaren, werden die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis 2013 auf 750.000 Plätze in Kindertagespflege oder in Tageseinrichtungen erhöht. Der Bund beteiligt sich dabei an den Investitions- und Betriebskosten. Ab 2013 ist ein Rechtsanspruch auf eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder zwischen dem ersten und dritten

Lebensjahr vorgesehen. Vereinbart wurde zudem die Einführung einer monatlichen Zahlung (z. B. Betreuungsgeld) für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von 1 bis 3 Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können. Damit wird unsere Position deutlich: Wir bevorzugen nicht einseitig ein bestimmtes Familienmodell, sondern wollen die Familien in die Lage versetzen, selbst zu entscheiden, wie sie persönliche Lebensplanung und Kindeswohl miteinander vereinbaren.

Deutschland verfügt über eine Vielzahl von Maßnahmen und Leistungen, Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen zu unterstützen. Eine auf Nachhaltigkeit bedachte Familienpolitik benötigt eine systematische Erfassung und Wirkungsanalyse dieser familienbezogenen Unterstützungssysteme. Wir wollen eine gesetzliche Harmonisierung der Leistungen und die organisatorische Bündelung ihrer Bearbeitung vorantreiben. Zielperspektive ist, dass hieraus Familienkassen neuen Typs entstehen. Die Konzentration und Zusammenführung familienpolitischer Leistungen in einer solchen Familienkasse kann mehr Transparenz und die Grundlage für eine gerechtere und zielgenauere Familienförderung schaffen. Aus diesem Grund unterstützt und begleitet die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion mit einer eigenen Projektgruppe die Bemühungen des Bundesfamilienministeriums zur Zusammenführung der familienpolitischen Leistungen.

Kinder sind in Deutschland immer noch das größte Armutsrisiko. Das ist ein Skandal, mit dem wir uns nicht abfinden. Um zu verhindern, dass Eltern, die von ihrem Einkommen allein leben könnten, nur deshalb auf zusätzliche Leistungen des Arbeitslosengeldes II angewiesen sind, werden wir den bestehenden Kinderzuschlag weiterentwickeln. Wir wollen das Antragsverfahren vereinfachen und den Empfängerkreis ausweiten. Außerdem wird der Zuschlag zukünftig während der gesamten Erziehungszeit des Kindes und nicht mehr nur in den ersten drei Lebensjahren gezahlt werden.

Das gesunde Aufwachsen von Kindern, das Erkennen von Risiken für ihre Entwicklung und der Schutz vor Gefährdung ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Der richtige und wichtige Grundsatz, sich nicht von Staats wegen in die Erziehung einzumischen, findet dort seine Grenze, wo sonst die Verwahrlosung von Kindern sehenden Auges hingenommen würde. Das widerspricht nicht dem Gedanken unseres Grundgesetzes, das in der Kindererziehung die Aufgabe der Eltern sieht. Wenn hohe Belastungen und vielfältige Risiken die Lebenssituation der Familie kennzeichnen, muss der Staat frühzeitig auf die Eltern zugehen und ihnen Hilfe anbieten. Diesem Zweck dient das von uns mitgetragene Aktionsprogramm des Bundesfamilienministeriums „Frühe Hilfe für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“. Es ist Ausdruck der vertrauensvollen Unterstützung des Staates von Familien und unserer festen Überzeugung, dass es nichts Schüt-

Familien stärken

Krippenplätze

Aufstockung auf 750.000 Betreuungsplätze bis 2013

Betreuungsgeld

ab 2013 für diejenigen, die ihre Kinder zu Hause selbst betreuen

„Erfolgsfaktor Familie“

Mehr als 500 Firmen machen bereits mit

Jung und alt

Schon über 400 Mehrgenerationenhäuser bundesweit

Schutz der Kinder

Soziale Frühwarnsysteme verstärkt

Seniorenengagement

36 Millionen Euro für das Programm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“

Quelle: Bundesregierung

zenswerteres für unsere Gesellschaft gibt als unsere Kinder.

Die Reform des Unterhaltsrechts ist beschlossen. Sie orientiert sich in erster Linie am Wohl der Kinder. Dem Unterhalt ehelicher oder nichtehelicher Kinder kommt Vorrang vor allen anderen Unterhaltsansprüchen zu. Bei den weiteren Unterhaltsberechtigten haben wir durchgesetzt, dass der Stellenwert der Ehe angemessen berücksichtigt wird. So sind den Kinder betreuenden Elternteilen im zweiten Rang die Ehegatten bei Ehen von langer Dauer gleichgestellt. Zudem hat der Betreuungsunterhalt eine ehespezifische Ausprägung erfahren: Er kann im Einzelfall aus Gründen der nahehelichen Solidarität verlängert werden, wenn das in der Ehe gewachsene Vertrauen in die vereinbarte und praktizierte Rollenverteilung und

Kinderzuschlag

Reform des Unterhaltsrechts

Soziale Frühwarnsysteme

Das neue Elterngeld gilt seit dem 1. Januar 2007

Jetzt bekommen Familien, was ihnen am Anfang am meisten fehlt: Zeit und Geld.

Mit Erwerbseinkommen

✓
✓

67 % des wegfallenden durchschnittlichen Nettogehalts der letzten 12 Monate ohne Mutterschutzfrist. Mind. 300 Euro, max. 1.800 Euro monatlich für Arbeitnehmer/-innen, Selbstständige, Auszubildende, Studierende mit Nebeneinkünften. Teilzeitarbeit von bis zu 30 Stunden pro Woche möglich.

✓
✓

Für Elternpaare
Auszahlung 12 Monate plus
2 Partnermonate

✓
✓

Alleinerziehende
Auszahlung
14 Monate

✓
✓

Ohne Erwerbseinkommen

✓
✓

300 Euro monatlich – gegebenenfalls zusätzlich zu anderen Sozialleistungen

✓
✓

Für Elternpaare und Alleinerziehende
Auszahlung 12 Monate

✓
✓

Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das Elterngeld um 300 Euro je Kind. Familien mit mehreren Kindern erhalten zusätzlich einen Geschwisterbonus von 10 % oder mind. 75 Euro. Der Auszahlungszeitraum lässt sich verdoppeln, dann wird die monatliche Leistung halbiert.



Sportpolitische Tagung „Behindertensport in Deutschland – Ein Jahr vor den Paralympics in Peking“, Oktober 2007



Kongress „Was behindert Arbeit? Teilhabe der Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln“, Oktober 2007

die gemeinsame Ausgestaltung der Kinderbetreuung dies rechtfertigen. Wir haben damit zugunsten ehemaliger Ehepartner den Spielraum genutzt, den die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beim Betreuungsunterhalt gelassen hat.

Entgegen zahlreicher, nur einige Monate zurückliegender Prognosen konnte erstmals seit 2004 in diesem Jahr dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung und dank eines damit verbundenen Anstiegs der Löhne und Gehälter auch wieder eine Anhebung der Renten durchgesetzt werden. Eine weitere Anhebung im nächsten Jahr ist – auch nach Einschätzung von Expertenseite – möglich. Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU wird sich dafür einsetzen, dass auch die Rentnerinnen und Rentner vom allgemeinen Aufschwung profitieren.

Die private Altersvorsorge entwickelt sich weiterhin gut, die Zahl der abgeschlossenen Verträge nimmt weiter stetig zu. Mit inzwischen über 9 Millionen staatlich geförderten privaten Zusatzrentenverträ-

gen und über 17 Millionen erwarteten Betriebsrenten ist ein neuer Höchststand erreicht worden.

Die Regierungskoalition hat die Attraktivität der staatlichen Förderung weiter verbessert; die Kinderzulage für ab dem Jahr 2008 geborene Kinder wird von 185 Euro auf 300 Euro pro Jahr erhöht. Mit dem Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung wird zudem die Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung auf Dauer festgeschrieben. Damit werden die Rahmenbedingungen für die zusätzliche Altersversorgung weiter verbessert und verstetigt.

Wir werden in Zukunft viel mehr ältere Menschen unter uns haben. Angesichts der Tatsache, dass sich in den nächsten 40 Jahren die Anzahl der über 80-Jährigen verdreifachen wird und viele davon kinderlos sein werden, müssen wir heute über soziale Netze nachdenken: über Netzwerke in der Nachbarschaft, im Freundeskreis oder in der Kommune. Unsere Aufgabe ist es heute, die Strukturen dafür zu schaffen, zum Beispiel durch die Gründung von

Betriebliche Altersversorgung

Rentenerhöhung

Mehrgenerationenhäuser

Behindertenpolitik

Integration

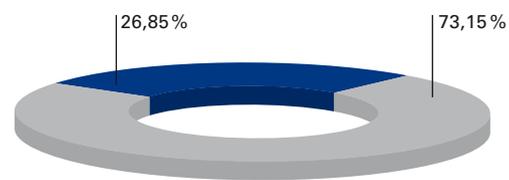
Mehrgenerationenhäusern. Diese Einrichtungen, in denen sich die Generationen begegnen und gegenseitig unterstützen, fördern wir mit 98 Millionen Euro. Bundesweit zeugen bereits 455 Mehrgenerationenhäuser vom Erfolg dieses Konzepts.

Teilhabe der Menschen mit Behinderungen und ihrer Fachverbände ist das grundlegende Prinzip der Union in der Behindertenpolitik. Das heißt: Politische Entscheidungen, die behinderte Menschen betreffen, werden mit ihnen gemeinsam diskutiert, beraten und erörtert – entsprechend dem Motto: „Nichts über uns ohne uns!“. Deswegen haben wir bei der Gesundheitsreform keine Verschlechterungen für Menschen mit Behinderungen zugelassen; die Reform der Pflegeversicherung bringt gezielt bessere Leistungen zu denen, die sie brauchen. Die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Behinderungen muss weiter vorangetrieben werden. Dabei steht die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben im Zentrum des Interesses der Union. Schließlich sind Menschen mit Behinderungen immer noch von hoher Arbeitslosigkeit betroffen und profitieren kaum vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung. Einen Schritt in die richtige Richtung haben wir mit den Integrationsbetrieben gemacht, in denen behinderte und

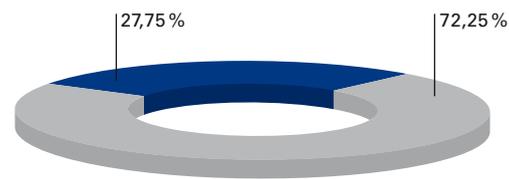
nichtbehinderte Menschen gemeinsam arbeiten. Auch das neu aufgelegte Programm „Job 4.000“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In beiden Fällen sind Zuschüsse für Arbeitgeber vorgesehen, die behinderte Menschen ausbilden oder einstellen. Auch die Kombilöhne für Menschen mit Vermittlungshemmnissen sowie die Förderung von Arbeitgebern, die erwerbsfähige, aber langzeitarbeitslose Hilfsbedürftige einstellen, bilden wichtige Elemente zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Mit dem von der Unionsfraktion angestoßenen und durch das Positionspapier „Identität und Weltoffenheit sichern – Integration fordern und fördern“ flankierten Nationalen Integrationsplan werden die Weichen für die Integrationspolitik neu gestellt und klare Ziele formuliert. Integration ist unverzichtbar und eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Sie ist weder eine einseitige Aufgabe der Einheimischen noch ausschließlich eine staatliche Verpflichtung – sie muss von den Zuwanderern gewollt sein. Die Union steht für das Prinzip „Fördern und Fordern“. Wir helfen den Migrantinnen und Migranten bei der Eingliederung – aber wir verlangen auch einen Beitrag. Dabei kommt dem

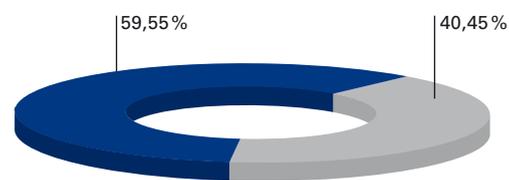
Wir stellen die Weichen bei der Integration neu



Altersgruppe der 5–20-Jährigen, die in Deutschland leben (12,821 Mio. gesamt)



Gruppe der in Deutschland lebenden Menschen ohne Berufsabschluss (21,574 Mio. gesamt)



Gruppe der in Deutschland lebenden Menschen ohne jeglichen Schulabschluss (2,472 Mio. gesamt)

■ Anteil mit Migrationshintergrund
■ Anteil ohne Migrationshintergrund

Angaben in Prozent
Quelle: Mikrozensus 2005, Statistisches Bundesamt

Erwerb von Sprachkenntnissen eine Schlüsselrolle zu. Parallelgesellschaften mit eigenem Sprach- und Rechtsraum darf es in Deutschland nicht geben. Gegen den Widerstand des Koalitionspartners haben wir durchgesetzt, dass Ehegatten in Deutschland lebender Ausländer schon Grundkenntnisse unserer Sprache besitzen müssen, wenn sie nach Deutschland einreisen. Außerdem hat die Unionsfraktion in der Novelle des Zuwanderungsrechts durchgesetzt, dass Integrationsverweigerung nicht folgenlos bleibt. Wer sich weigert, an einem verpflichtenden Integrationskurs teilzunehmen, dem droht ein Bußgeld. Sozialleistungen von Hartz-IV-Empfängern werden bei nicht ordnungsgemäßer Teilnahme um 30 Prozent gekürzt. Ausländische Frauen werden durch Festlegung des Mindestalters beim Ehegattennachzug auf 18 Jahre besser vor Zwangsehen geschützt.

Dem interkulturellen Dialog mit dem Islam misst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch im Hinblick auf die Integrationspolitik große Bedeutung bei. Er dient zum einen der Verhinderung von gewalttätigem Islamismus und Extremismus. Zum anderen wird der gesellschaftlichen Abschottung von Muslimen in Deutschland entgegengewirkt. Am 2. Mai 2007 traf sich das Plenum der von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ins Leben gerufenen Deutschen Islamkonferenz zum zweiten Mal. Der institutionalisierte Dialog ist auf zwei bis drei Jahre angelegt. Wir wollen diesen Dialog, aber für uns ist auch klar: Das Bekenntnis zu unserer Rechts- und Werteordnung ist für die Unionsfraktion nicht verhandelbar.

Im Rahmen der Novellierung des Zuwanderungsrechts hat die Unionsfraktion in den Bereichen Integration, Innere Sicherheit und Entlastung sozialer Sicherungssysteme erhebliche Verbesserungen durchsetzen können. Das vom Koalitionspartner

Novelle des Zuwanderungsrechts

Islamkonferenz



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder

geforderte Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer wurde auf gut integrierte Ausländer beschränkt und an die Bedingung geknüpft, dass diese bereit und in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Gesellschaftliches Miteinander fordert Rücksichtnahme und den Schutz vor Gefährdungen Dritter. Das gilt auch für das Passivrauchen, dessen Gefahren wissenschaftlich inzwischen unbestritten sind. Mit dem am 1. September 2007 in Kraft getretenen Gesetz über den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens wurde in Einrichtungen des Bundes, in Verkehrsmitteln des öffentlichen Personenverkehrs sowie in Personenbahnhöfen des öffentlichen Eisenbahnverkehrs ein allgemeines Rauchverbot erwirkt. In bestimmten Bereichen können abgetrennte Raucherräume eingerichtet werden.

Die Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit bestimmen die Soziale Marktwirtschaft. Freiheit bedeutet Produzentensouveränität und Konsumentensouveränität gleichermaßen. In vielen Bereichen sorgt der Markt für den Ausgleich der Interessen, aber nicht immer. Vor allem dann, wenn der Verbraucher durch Informationsdefizite benachteiligt ist, muss er bei der Wahrnehmung seiner Interessen unterstützt werden. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den mündigen Verbraucher auf Augenhöhe mit der Wirtschaft ein. Wir setzen dabei auf Kooperation statt Konfrontation. Für uns gehört soziale Partnerschaft zu den Grundelementen der Sozialen Marktwirtschaft, ebenso wie Wettbewerb.

Mit unserer Verbraucherschutzpolitik wollen wir in diesem Sinne gute Grundlagen schaffen bzw. bewahren und Rahmenbedingungen verbessern. Gerade weil Verbraucher auf Mängel aufmerksam

machen, haben Unternehmen die Möglichkeit, sich mit ihren Produkten und Dienstleistungen zu verbessern. Das schafft mehr Vertrauen in Produkte und Unternehmen.

Mit der Charta „Verbrauchersouveränität in der digitalen Welt“ wurde durch Verbraucherminister Horst Seehofer und die Unionsfraktion erstmalig eine Diskussion über klare Verbraucherschutzrechte für die Nutzung digitaler Dienste angestoßen.

Für Versicherte haben wir mit dem neuen Versicherungsvertragsgesetz mehr Beratung und Transparenz erreicht. So haben sie nun mehr Ansprüche auf Beratung und Information auch vor Abschluss des Vertrages und nicht, wie bisher, erst bei Unterschrift. Auch die bessere Qualifikation von Versicherungsvermittlern lag uns am Herzen. Seit Mai 2007 ist ein Qualifikationsnachweis in Form einer IHK-Prüfung Standard.

Mit dem Verbraucherinformationsgesetz 2007 haben die Verbraucher fortan das Recht, von den zuständigen Behörden zu erfahren, wie z. B. die Pestizidbelastung von bestimmten Gemüsesorten oder die Abfüllpraxis bestimmter Unternehmen bei Fertigverpackungen ist – und zwar unter Nennung von Ross und Reiter. Die wichtigsten alltäglichen Erzeugnisse sind damit erfasst – von Lebensmitteln, Kosmetika, Bekleidung, Spielwaren, Lebensmittelverpackungen bis hin zu Schnullern für Babyflaschen, Bettwäsche oder Wasch- und Putzmitteln.

Das Telekommunikationsgesetz wurde novelliert und trat im Februar in Kraft. Bei etlichen Mehrwertdiensten, bei der Weiterleitung durch Auskunftsdienste und beim Herunterladen von Klingeltönen und Logos wurden die Pflichten zur Preisangabe in der Werbung bzw. bei der Nutzung

Nichtraucherschutz

Versicherungsvertragsgesetz

Verbraucherinformationsgesetz

Novellierung des Urheberrechts

Telekommunikationsgesetz

Gesundheitsreform

Verbraucherschutz

der Dienste ausgeweitet. Das schützt die Verbraucher, insbesondere auch Jugendliche, vor bösen Überraschungen. Die Preistransparenz entspricht dem Verbraucherleitbild der Union: Information und Transparenz sind die Voraussetzung für mündige Bürger, die selbstständig entscheiden.

Für die Union ist der Schutz des Eigentums – des geistigen wie des Sacheigentums – ein Kernbestand ihres politischen Programms. Deshalb gehören auch die Urheber zu den klaren Gewinnern bei der Novellierung des Urheberrechts. Mit ihr wird die Kreativität in unserem Land gestärkt. In einem Entschließungsantrag wurde zudem zum Ausdruck gebracht, dass das Urheberrecht weiterhin in der Diskussion bleibt. Die Beschränkung der Privatkopie, das Verbot sog. intelligenter Aufnahme-Software und die bestehende Rechtslage zur Kabelweitersendung gehören unter anderem auf den Prüfstand.

Unser Land verfügt über ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitssystem, um das wir international beneidet werden. Bei Versorgungsqualität und -intensität gehört Deutschland zur absoluten Weltspitze, und kaum ein Gesundheitssystem gewährleistet einen besseren Zugang zu

einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder finanzieller Leistungsfähigkeit. Durch die Entwicklungen der letzten Jahre ist allerdings die finanzielle Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems selbst an seine Grenzen gestoßen, was eine umfassende Reform notwendig machte. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Ein wesentlicher Punkt der Reform ist, dass der Leistungsumfang für die Patienten ausgeweitet und nicht eingeschränkt wird. Erstmals verbinden sich mit einer Gesundheitsreform weder verschärfte Zuzahlungsregelungen noch Einschnitte in den Leistungskatalog! Darüber hinaus haben die Versicherten künftig bei den Krankenkassen die Wahl zwischen deutlich mehr Versorgungsmodellen und Versicherungstarifen. Dies ist das krasse Gegenteil der „staatlichen Einheitsmedizin“, von der manche Kritiker sprechen. Gleichzeitig behält die Reform aber auch das Ziel der Entkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten im Auge. Die Finanzierung unseres Gesundheitssystems darf nicht zum Hemmschuh von mehr Wachstum und Arbeitsplätzen werden. Notwendig ist vielmehr eine neue Balance zwischen solidarischen und eigenverantwortlichen Finanzierungselementen. Mit dem 2009 einzurichtenden Gesund-



Bundesminister Dr. Franz Josef Jung und Kristina Köhler



Ulrich Adam und Eckhardt Rehberg



Dr. Maria Flachsbarth, Monika Brüning, Michael Grosse-Brömer und Henning Otte



Günter Baumann, Marco Wanderwitz und Bundesminister Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes

Pflegereform

heitsfonds leistet die Reform einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung. Um den Wettbewerb weiter zu befördern, erhalten die Kassen eine Vielzahl neuer Möglichkeiten, mit den Leistungserbringern Verträge abzuschließen oder mit Arzneimittelherstellern über die Preise zu verhandeln.

Erfolgreich haben wir uns auch für den Erhalt der Privaten Krankenversicherung eingesetzt, die eine tragende Säule und ein erfolgreiches Modell unseres Gesundheitssystems darstellt.

Seit ihrer Einführung 1995 sind die Leistungen der Pflegeversicherung nicht mehr erhöht worden, während die Preise inflationsbedingt gestiegen sind. Die Belastungen überstiegen immer häufiger die finanziellen Möglichkeiten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Gleichzeitig konnten die Pflegekassen ihre eigenen Ausgaben nicht mehr decken. Eine Reform der Pflegeversicherung war unumgänglich. Dabei haben wir uns von zwei Gesichtspunkten leiten lassen: Geringe Zusatzbelastungen für die Beitragszahler und bestmögliche Leistungen für die Pflegepatienten. Dieses Ziel haben wir erreicht: Die Beiträge werden mit 0,25 Prozent nur minimal erhöht, die finanziellen Leistungen

deutlich ausgeweitet. Das Prinzip „Ambulant vor stationär“ wurde gestärkt, wodurch Pflegebedürftige möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Erstmals haben auch altersverwirrte Menschen Anspruch auf Zahlungen aus der Pflegeversicherung. Die geplante Dynamisierung der Pflegesätze, die seit Einführung der Pflegeversicherung eingefroren waren, wird dafür sorgen, dass die steigenden Pflegekosten ausgeglichen und ein Abrutschen in die Bedürftigkeit aufgehalten wird.

Die Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Angehörigen pflegen, ist ein weiterer großer Schritt zur Stärkung der ambulanten Pflege. Es wird hiermit insbesondere bei Eintritt einer Pflegebedürftigkeit die Möglichkeit eröffnet, durch eine auf 6 Monate befristete Auszeit mit Rückkehrrecht in den Beruf mit der neuen Situation besser zurechtzukommen und die notwendigen Dinge zu organisieren.

Der demografische Wandel und unsere erfreulicherweise immer älter werdende Bevölkerung in Deutschland stellen uns vor neue Herausforderungen. Die Krankheitsbilder Alzheimer und Demenz spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Sie

treten in der Regel im hohen Alter auf – bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von heute 80 (Frauen) bzw. 74 Jahren (Männer) ist die Wahrscheinlichkeit groß, daran zu erkranken. Mit der Reform der Pflegeversicherung haben wir die Versorgung altersverwirrter Menschen verbessert. Das ist wichtig, behandelt aber nur die Auswirkungen der Krankheit, nicht ihre Ursache. Hierzu fehlen uns momentan noch die notwendigen medizinischen Kenntnisse. Gerade deswegen ist es wichtig, die Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren. Wir tun das, indem wir allein 4,5 Millionen Euro in das Leuchtturmprojekt Demenz investieren. Mit diesen Anstrengungen wollen wir die Grundlage schaffen, um Alzheimer eines Tages heilen zu können.

Für die Orientierung des Einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft spielen Kultur und Medien eine wichtige Rolle. Sie wirken identitätsstiftend und prägen unseren Alltag in allen Lebensbereichen. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft. Die Kulturpolitik der Union ist von der Überzeugung geleitet, dass Politik nicht für Kunst und Kultur verantwortlich ist, wohl aber für den Rahmen, in dem sich kulturelles Leben entfalten kann. Diesem ehrgeizigen Anspruch fühlen sich auch die Kulturpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet. Der Erfolg dieser Bemühungen spiegelt sich schon in bloßen Zahlen wider: In jedem Jahr unserer Regierung ist der Kulturetat im Bundeshaushalt gestiegen. Seit dem Regierungswechsel wurden die Ausgaben des Bundes für die Kultur in Deutschland von 2005 bis 2008 um insgesamt 6,4 Prozent gesteigert. Ein besonderer Erfolg ist beispielsweise die Einrichtung des Deutschen Filmförderfonds, der Deutschland auch für internationale Filmproduktionen attraktiv macht. Das beweist, dass Kulturförderung auch eine ganz handfeste wirtschaftliche Seite hat.

Gedenken und Erinnern sind Aufgaben, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Sie müssen würdige und sichtbare Orte haben. Aus diesem Grund unterstützen wir das von Staatsminister Bernd Neumann vorgelegte Nationale Gedenkstättenkonzept. Für die Umsetzung dieses Konzepts wollen wir allein im nächsten Jahr zusätzliche 10 Millionen Euro ausgeben. Das ist nahezu eine Verdopplung der Mittel.

Dem Völkermord an den europäischen Juden, der Singularität des Holocaust, kommt in unserer Erinnerungspolitik nach wie vor eine unvergleichbare Bedeutung zu. Zudem wollen wir die Aufarbeitung der SED-Diktatur verstärken und verbessern. Es ist nach wie vor unsere Aufgabe, an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren. Diesem doppelten Auftrag der Erinnerungspolitik wird das Konzept gerecht. Die besondere Verantwortung, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das würdige Gedenken an die Opfer des unmenschlichen Grenzregimes der linken Diktatur empfindet, zeigt sich auch an dem Beschluss des Fraktionsvorstandes für ein sichtbares Zeichen des Gedenkens am Brandenburger Tor. Am 9. November 2007 wurde im Deutschen Bundestag beschlossen, zur Würdigung und Erinnerung der friedlichen Revolution von 1989 und der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands in der Mitte Berlins im Jahre 2009 ein Denkmal der Freiheit und Einheit zu errichten.

Die Erinnerung an die Opfer beider deutscher Diktaturen ist eine Sache, die materielle Entschädigung der noch lebenden Opfer eine andere, mindestens ebenso wichtige. Schon zu Oppositionszeiten haben wir eine Ehrenrente für die Opfer des SED-Staates gefordert. Mit Übernahme der Regierungs-

Gedenkstättenkonzept

Kulturpolitik

Förderung des Ehrenamtes

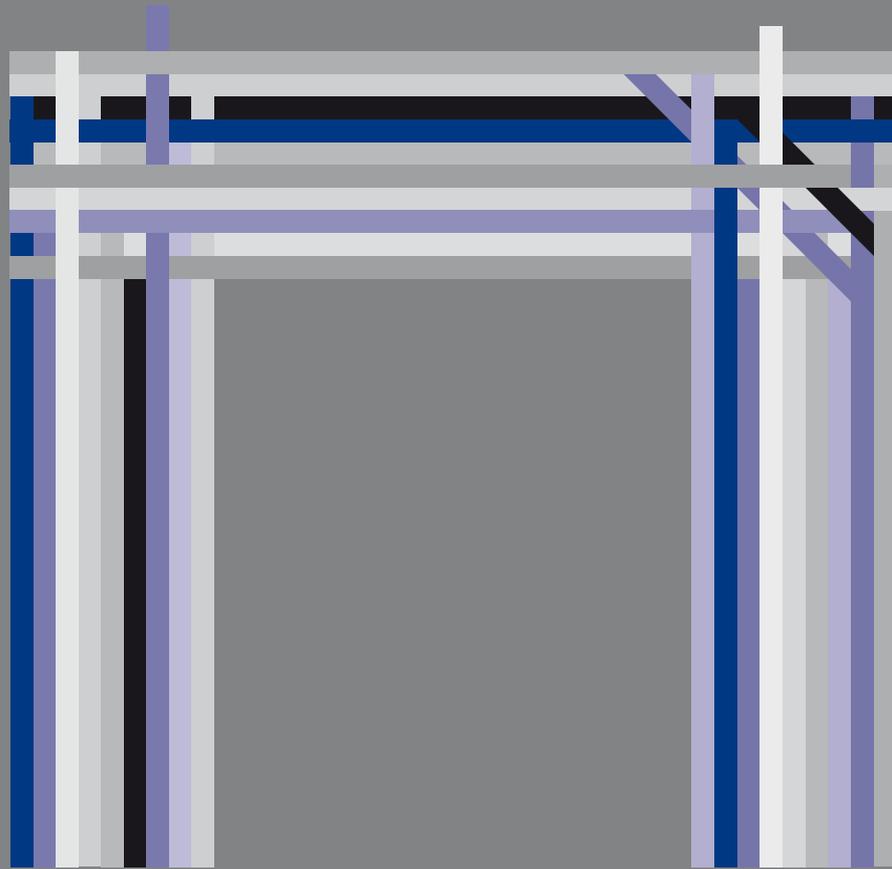
SED-Opferrente

verantwortung haben wir diese Forderung im Gesetzgebungsverfahren umgesetzt. Über 40.000 Menschen kommen nun in den Genuss einer symbolischen Entschädigung für ihre Leiden unter dem sozialistischen Regime. Endlich werden damit die materiellen Folgen der Unterdrückung durch das SED-Regime sichtbar gelindert und das Schicksal der in der DDR aus politischen Gründen Inhaftierten durch eine regelmäßige Zahlung erleichtert.

Ehrenamt macht unsere Gesellschaft reicher und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Das vielfältige Netz des Ehrenamtes gibt den Menschen und unserer Gesellschaft Sicherheit und Kraft und ermöglicht Verbänden und Vereinen, in Solidarität anderen Menschen zu helfen. Verbände und Vereine sind Knotenpunkte in diesem sozialen Netz des bürgerschaftlichen Engagements. Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beleben wir Gemeinsinn und ehrenamtliches Engagement noch effizienter als bisher. Wir setzen hiermit ein konkretes Zeichen der Anerkennung für die Leistung der Menschen, die sich freiwillig neben ihren familiären und beruflichen Belastungen engagieren. Insgesamt stellen Bund und Länder Mittel in Höhe von rund 490 Millionen Euro zur Verfügung, die wir in die

Stärkung unserer Zivilgesellschaft zukunftssträchtig investieren. Besonders wichtig ist uns dabei auch die Unterstützung des Breitensports, der nicht nur für die Gesundheit des Einzelnen, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine unverzichtbare Bedeutung hat. Mit der Stärkung des Ehrenamtes bekennen wir uns deutlich zur Sportförderung und zur Vereinskultur.

Freiheit schützen



Die Freiheit in Deutschland zu schützen ist ein Kernauftrag jeder Bundesregierung. Ein sicheres Deutschland und ein sicheres Europa sind die Grundvoraussetzungen für den Alltag und die Lebensplanung der Menschen. Sicherheit ermöglicht Wohlstand sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Investitionen. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit.

Unsere Sicherheit ist heute durch eine Vielzahl von Bedrohungen und Risiken gefährdet. Dazu gehören der islamistische Terrorismus, organisierte Kriminalität, Pandemien oder unzureichende Energieversorgung. Auch die Sicherheit von Handelswegen stellt angesichts der internationalen Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft eine große Herausforderung dar.



Unsere Außenpolitik ist wertepgeprägt – zur Wahrung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen in der globalisierten Welt.

Dr. Andreas Schockenhoff, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Außen, Verteidigung, Europa



Verantwortliche Politik heißt, heute schon die Maßnahmen zu ergreifen, von denen man bei einem Anschlag wünschen würde, sie rechtzeitig getroffen zu haben.

Wolfgang Bosbach, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Recht, Innen, Sport, Kunst, Kultur und Medien, Petitionen, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler



Um unsere Interessen glaubwürdig und effektiv vertreten zu können, ist eine wertegeleitete Realpolitik in der Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich.

Eckart von Klaeden, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges



Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit sind Leitlinien unserer Rechtspolitik.

Dr. Jürgen Gehb, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht



Wir müssen Bedrohungen auch dort entgegentreten, wo sie entstehen. In ihren Auslandseinsätzen leistet die Bundeswehr hierfür einen wichtigen Beitrag.

Bernd Siebert, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung



Nicht durch den Machtmissbrauch des Staates, sondern von Terroristen werden wir bedroht. Wir müssen das Menschenmögliche tun, um ein Blutbad zu verhindern.

Dr. Hans-Peter Uhl, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innen

Am 4. September 2007 konnten drei Terrorverdächtige festgenommen werden, die mehrere Bombenanschläge von in Deutschland bisher nicht gekanntem Ausmaß planten. Es ist der guten Arbeit und Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden zu verdanken, dass diese Anschlagpläne rechtzeitig vereitelt werden konnten. Nach den versuchten Kofferbombenanschlägen ist einmal mehr deutlich geworden: Der Terrorismus ist längst in Deutschland angekommen. Terror kann nicht allein durch die Androhung von Sanktionen verhindert werden. Vor allem sind effektive Mittel der Prävention gefragt. Unerlässlich ist daher, die Behörden, denen wir unsere Sicherheit anvertrauen, auch in die Lage zu versetzen, Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Im Rahmen der Föderalismusreform wurde dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus übertragen. Der Entwurf des BKA-Gesetzes sieht vor, das Bundeskriminalamt (BKA) nun rechtlich handlungsfähig zu machen. Dazu gehört auch die Online-Fahndung – denn für Terroristen darf es keine geschützten Räume geben, in denen sie ihre Anschläge planen und abstimmen können. Verbesserte Technologien machen es notwendig, dass der Staat vor der Verschlüsselung strafbares Verhalten erkennt und Beweise im Internet oder auf persönlichen Festplatten sichern kann. Es geht nicht darum, jeden PC in Deutschland zu überwachen, sondern um wenige Einzelfälle mit kriminellem oder terroristischem Bezug unter strenger richterlicher Kontrolle.

Auch die Strafbarkeit terroristischer Vorbereitungshandlungen, wie die Ausbildung in Terrorcamps oder Werbung für terroristische Vereinigungen, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Jahr erfolgreich auf die politische Tagesordnung gebracht.



Kongress „Sicherheitsforschung in Deutschland“, Mai 2007

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die Instrumente und Verfahren der Sicherheitsarchitektur den neuen Herausforderungen anzupassen. Es muss das Ziel sein, den Feinden unserer Gesellschaft strategisch und technologisch immer einen Schritt voraus zu sein. Deutschland gilt bereits als vorbildliches Beispiel in den Bereichen Reaktor-, Verkehrswege- und Chemikaliensicherheit. Diese Potenziale müssen auch für die systematische Forschung zur Optimierung ziviler Sicherheit genutzt werden. Wenn es um die Sicherung unserer Freiheit geht, müssen die besten Ideen aus Wissenschaft und Forschung mobilisiert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in diesem Jahr intensiv mit der Frage der Sicherheitsforschung beschäftigt. In einer Konferenz wurden die Herausforderungen und Potenziale der Sicherheitsforschung im Zusammenhang mit dem neuen Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung und dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm diskutiert. Ziel ist es, dass durch Forschung in Deutschland Sicherheitslösungen für

Terrorbekämpfung

Luft- und Seesicherheitsrecht

Kriminalitätsbekämpfung

BKA-Gesetz

Online-Fahndung

Änderung des Passgesetzes

Sicherheitsforschung

Strafbarkeit terroristischer Vorbereitungshandlungen

morgen erarbeitet werden. Durch verbesserte Sicherheitssysteme werden Freiheiten zurückgewonnen. Nur einige Beispiele: Innovative Durchleuchtungstechnologien an Flughäfen ermöglichen eine schnelle, reibungslose Abfertigung. IT-Sicherheit ist die Voraussetzung für sicheren Handel und Kommunikation im Internet, neue Kennzeichnungstechnologien können das Fälschen sicherheitsrelevanter Produkte und Ersatzteile verhindern.

Eine wichtige Schlüsseltechnologie für moderne Sicherheitsmaßnahmen ist die Biometrie. Durch die Änderung des Passgesetzes wurde nunmehr die Aufnahme biometrischer Daten in Reisedokumente ermöglicht. Seit dem 1. November werden im sog. ePass neben Lichtbild und persönlichen Daten auch Abdrücke beider Zeigefinger gespeichert. Damit werden die Identitätsprüfung im Reiseverkehr sowie die Fälschungssicherheit von Ausweisdokumenten verbessert.

Die Terroranschläge der letzten Jahre haben einen neuen Bedarf aufgezeigt: Im Ernstfall muss die Möglichkeit bestehen, militärische Mittel zur Gefahrenabwehr im Innern einsetzen zu können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt daher weiterhin für die Schaffung entsprechender Rechtsgrund-

lagen im Luft- und Seesicherheitsrecht ein, um Klarheit und Rechtssicherheit in dieser schwierigen Angelegenheit zu erreichen.

Auch die Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität war fester Bestandteil der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität werden schwere Formen der Computerkriminalität wie das Abfangen von Daten unter Strafe gestellt und so die Datensicherheit erhöht. Stalking Opfer, die unter fortgesetzter Verfolgung, Belästigung und Bedrohung leiden, wurden unter verbessertem Schutz gestellt. Durch eine Reform der Führungsaufsicht wurden der Schutz der Allgemeinheit und insbesondere der Schutz der Opfer von Gewaltdelikten vor gefährlichen Straftätern verschärft. Durch Schließung der Regelungslücke kann nun auch in den neuen Bundesländern flächendeckend eine nachträgliche Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter erfolgen.

Innere und äußere Sicherheit sind eng miteinander verschränkt und müssen zusammenhängend betrachtet werden. Unsere Sicherheit können wir nicht allein durch Maßnahmen in Deutschland garantieren. Unsere Freiheit zu schützen heißt auch,

den Terrorismus dort zu bekämpfen, wo er entsteht. Auch aus diesem Grund müssen wir uns im Ausland außen- und sicherheitspolitisch engagieren. Hier sind auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr von großer Bedeutung.

Besonders wichtig ist unser Engagement in Afghanistan. Bis 2001 war das Land Ausbildungslager und Rückzugsort für das internationale Terrornetzwerk Al-Qaida. Von dort aus wurden die Terroranschläge des 11. September 2001 geplant. Seit dem Sieg über die Taliban haben die Afghanen mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wesentliche Fortschritte erzielt. Dazu gehören eine gewählte Regierung und ein Parlament, der Wiederaufbau von Infrastruktur wie Straßen, Wasserversorgung und Elektrizität. Viele Kinder, insbesondere auch Mädchen, können wieder zur Schule gehen, Frauen nehmen am öffentlichen Leben teil, der Alltag vieler Menschen hat sich spürbar verbessert. Die Erfolge beim Wiederaufbau zeigen, dass unsere Strategie richtig ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass es noch ein langer Weg ist. Denn die Taliban und Al-Qaida wollen diesen Fortschritt zerstören und den Menschen in Afghanistan bewusst ihre Entwicklungschancen nehmen.

Die Unionsfraktion hat in diesem Jahr in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe Afghanistan die Erfolge und Defizite des Einsatzes mit der Hilfe vieler Experten umfassend und kritisch überprüft. Das Ergebnis haben wir in einem Positionspapier festgehalten: Der deutsche Ansatz aus den Komponenten ziviler Wiederaufbau, militärischer Schutz und Terrorbekämpfung ist richtig, effektiv – und mittlerweile auch Konsens in der NATO. Die drei Aufgaben sind untrennbar miteinander verbunden und müssen noch besser miteinander verzahnt werden. Darum bleiben der Einsatz von

zivilen Helfern vor Ort sowie die Ausbildung von Polizei, Justiz und Militär von besonderer Bedeutung und verdienen noch größere Aufmerksamkeit. Die erneuerte Afghanistan-Strategie der Bundesregierung folgt dieser Linie.

Auf dieser Grundlage hat im Herbst 2007 der Deutsche Bundestag die Verlängerung des ISAF-Mandats beschlossen. Es ist nun auch auf den Einsatz der Aufklärungs-Tornados erstreckt worden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diesem Mandat mit überwältigender Mehrheit zugestimmt und damit ein klares Signal gesetzt: In Afghanistan muss erreicht werden, dass das Land sich selbst regieren, schützen und für innere und äußere Sicherheit sorgen kann.

In der Debatte über das Afghanistan-Engagement hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stets deutlich gemacht, dass es ohne Wiederaufbau keine langfristige Sicherheit geben wird. Aber ohne militärischen Schutz ist kein Wiederaufbau möglich. Deshalb ist die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan und am Horn von Afrika weiterhin nötig und gerechtfertigt. Auch dieses Mandat ist mit großer Zustimmung im Deutschen Bundestag verlängert worden.

Der Einsatz der Bundesmarine im Rahmen der UN-Mission UNIFIL unterstützt die libanesische Regierung dabei, die volle Kontrolle über ihre seeseitigen Grenzen auszuüben und den Waffenschmuggel an die Hisbollah auf diesem Wege zu unterbinden. Auch dieser Einsatz dient der Aufrechterhaltung regionaler Stabilität und damit unseren nationalen Sicherheitsinteressen. Die Verlängerung des 2006 begonnenen Libanoneinsatzes wurde im September 2007 mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen.

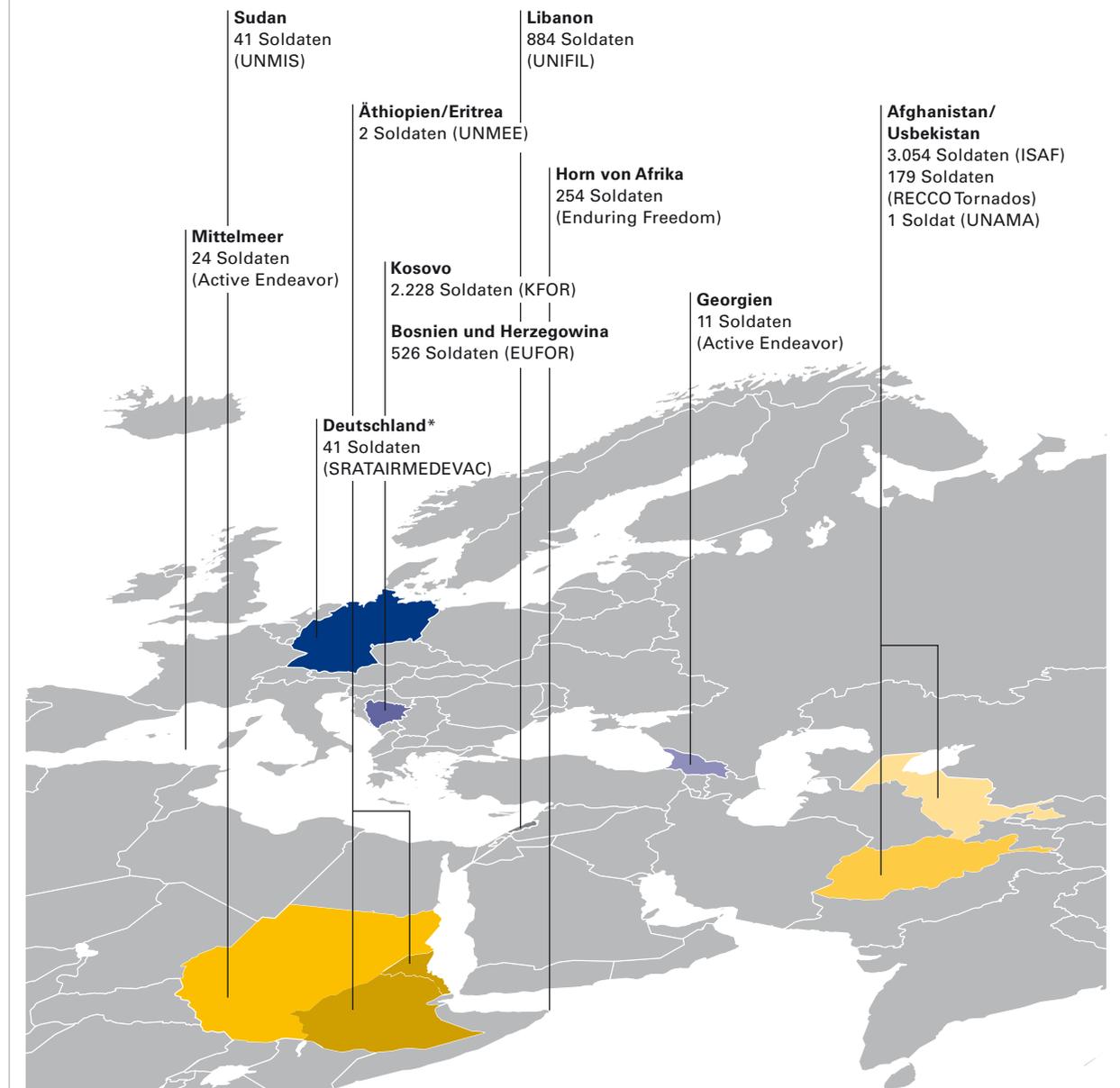
Auslandseinsätze der Bundeswehr

ISAF-Mandat

OEF-Mandat

Ad-hoc-AG Afghanistan
UNIFIL-Mandat

Deutsche Soldaten im Ausland – Einsatzorte und Truppenstärke



Gesamt 7.280 Soldaten – Stand 27. Juni 2007
Quelle: Bundeswehr

*In Deutschland zur Evakuierung aus medizinischen Gründen bereitgehalten (STRATAIRMEDEVAC)



Franz-Josef Holzenkamp und Carsten Müller



Dr. Maximilian Lehmer, Paul Lehrieder und Alois Karl



Staatssekretär Thomas Kossendey, Dr. Hans Georg Faust und Staatssekretär Dr. Hermann Kues



Bernward Müller, Antje Tillmann und Volkmar Vogel



Karl Schiewerling und Johannes Röring



Peter Albach, Uda Heller und Dr. Christoph Bergner



Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Annette Schavan



Katharina Landgraf und Klaus Brähmig



Asienkongress mit Eckart von Klaeden; David Cameron, Vorsitzender der Conservative Party, GB; Hitoshi Tanaka, Mitglied des Japan Center for International Exchange, ehemaliger stellv. Außenminister Japans; Klaus-Dieter Frankenberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung; Vinod Kumar Grover, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, Indien und Bilahari Kausikan, Staatssekretär des Außenministeriums, Singapur



Eckart von Klaeden; Dr. Jürgen Hambrecht, Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA), Vorsitzender des Vorstandes BASF AG; Lakshmi Niwas Mittal, Präsident und CEO, ArcelorMittal; Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Fraktionsvorsitzender Volker Kauder

Auch im Kosovo leistet die Bundeswehr einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität. Im Rahmen der KFOR-Mission beteiligen sich über 2.200 Bundeswehrsoldaten daran, die Friedensregelung für das Kosovo militärisch abzusichern und die Rückkehr von Flüchtlingen zu gewährleisten. Für politische Spannungen sorgt die ungeklärte Statusfrage. Der unter der Leitung des UN-Sonderversmittlers Ahtisaari ausgearbeitete Plan fand bislang bei den Vertretern Serbiens und des Kosovo keine Zustimmung. Gerade in dieser kritischen Phase bleibt die Truppenpräsenz dringend erforderlich. Aus diesem Grund war es wichtig, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Verlängerung des Einsatzes unterstützt hat.

In allen Debatten hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer betont, dass unsere Soldatinnen und Soldaten in den unterschiedlichen Missionen unter Einsatz ihres Lebens Großartiges leisten und Wert darauf gelegt, dass ihr Einsatz entsprechend gewürdigt wird.

Es bleibt auch weiterhin Aufgabe, den Zweck der Auslandseinsätze zu erklären, die Zusammenhänge zu erläutern und um Unterstützung zu werben. Um auf die neuen Bedrohungen reagieren zu können, müssen die Leitlinien und Konzepte für die Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden. Im Weißbuch der Bundeswehr hat der Verteidigungsminister bereits dargelegt, welchen Beitrag die Bundeswehr zur Herstellung von Sicherheit leistet. Auch in der Fraktion wird daran gearbeitet, die nationalen Sicherheitsinteressen zu formulieren und dabei Sicherheitsrisiken zu benennen, zu bewerten und strategische Ziele zu definieren.

KFOR-Mission

Nationale Sicherheitsinteressen

Asienstrategie

Indien

Menschenrechte und Freiheit

Die Freiheit wird auch durch gute und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren westlichen Bündnispartnern sowie durch die Arbeit an stabilen Beziehungen zu anderen Großmächten geschützt und gestärkt.

Der Aufstieg Asiens, vor allem Chinas und Indiens, hat nicht nur ökonomische und ökologische Folgen, sondern führt auch zu gravierenden Veränderungen in der Weltpolitik. Europa und die USA müssen ihre Stellung in einer weniger europäisch-atlantisch geprägten Welt neu definieren. Wichtig sind eine nüchterne Analyse der Veränderungen und ein strategischer Blick auf die asiatischen Staaten als Partner des Westens. Auf dieser Grundlage baut die Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, die im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden konnte. Das Ziel lautet: Gemeinsam mit Asien in die Zukunft. Die Chancen müssen besser genutzt werden, die von Asien ausgehende Dynamik zu unserem Vorteil zu machen.

Der wirtschaftliche Aufstieg Indiens ist beeindruckend. Zudem hat sich Indien in den vergangenen Jahren zu einer bedeutenden politischen Führungsmacht in Asien entwickelt. Als gefestigte Demokratie kommt dem Land eine wichtige Rolle in der Region zu. Bei einem Indien-Besuch im

August hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich vor Ort über die Entwicklungen der letzten Jahre informiert. Im Zentrum der Reise standen politische Gespräche in den neuen Hightech-Regionen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie Unterredungen mit Regierungsvertretern über Indiens Rolle in der Außenpolitik. Ziel war es, die Bedeutung Indiens für eine an Freiheit orientierte Außenpolitik herauszustreichen.

Auch der Aufstieg Chinas verändert die geopolitische Lage in Asien. Chinas Einfluss wächst nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, diplomatisch, kulturell und strategisch. Deutschland profitiert von dieser Entwicklung. Durch Chinas wachsendes wirtschaftliches Gewicht, seine zunehmende kulturelle Anziehungskraft und seine Stellung als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist ein chinesischer Beitrag zur Lösung vieler weltpolitischer Fragen von Bedeutung. Der Weg Chinas zu einem verlässlichen Partner in der internationalen Politik kann jedoch nur glaubhaft sein, wenn sich auch innenpolitisch das Primat von Menschenrechten und Freiheit durchsetzt. Mit Besorgnis registriert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedoch den Zustand der Pressefreiheit, der



Asienkongress in der Lobby des Paul-Löbe-Hauses, Oktober 2007

Russland

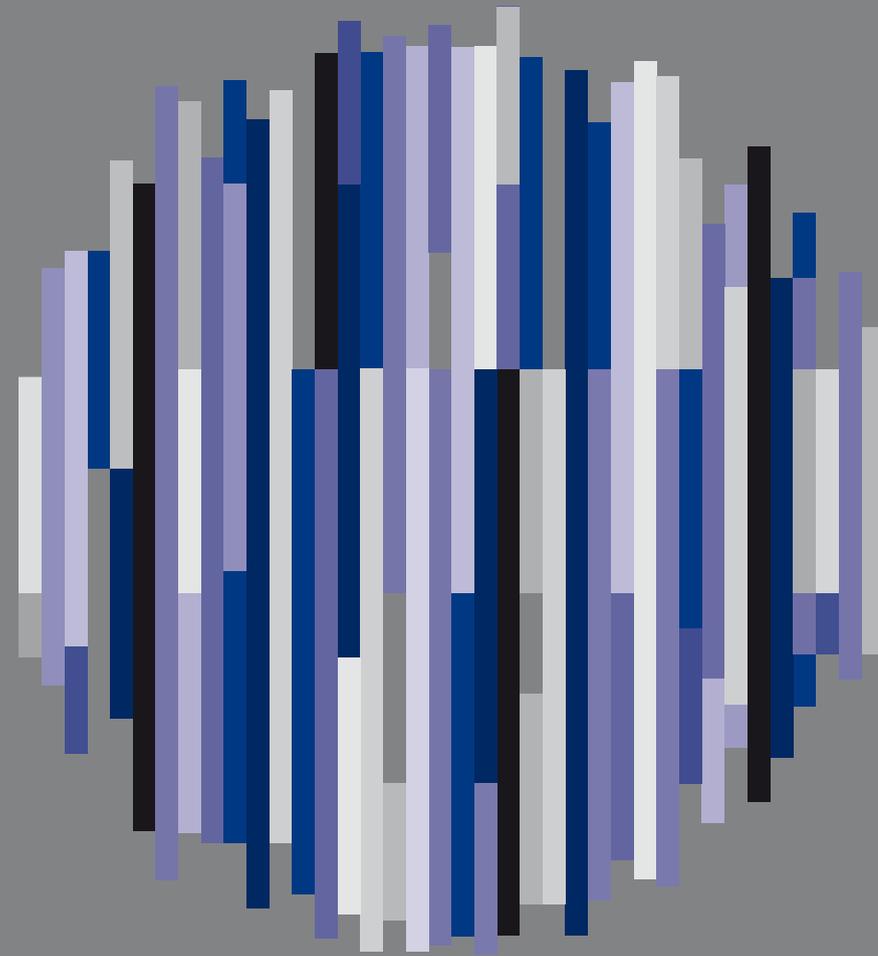
Religionsfreiheit und der hohen Zahl an verhängten Todesstrafen. In einem im Bundestag angenommenen Antrag kritisierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion menschenrechtswidrige Haft- und Arbeitsbedingungen und forderte eine Schließung der chinesischen Zwangsarbeitslager.

Russland hat sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich stabilisiert. In der Folge ist international ein selbstbewusstes Auftreten Russlands zu beobachten. Russland ist für Deutschland aufgrund seiner Lage und Größe sowie seines Energie reichums ein strategischer Partner. Russlands weltpolitische Verantwortung ist auch für die Lösung aktueller Konflikte von Bedeutung. Gerade bei der Statusfrage des Kosovo, aber auch im Nahen Osten und bei der Verhinderung eines nuklear bewaffneten Irans ist eine konstruktive Haltung Russlands notwendig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in diesem Jahr den Ansatz weiterverfolgt, dass unsere Beziehungen zu Russland auf universellen Werten beruhen. Die innenpolitische Lage bei Demokratie, Menschenrechten und Meinungsfreiheit gibt jedoch Anlass zur Sorge. Aus diesem Grund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Experten die Entwicklung der Pressefreiheit in Russland und Zentralasien diskutiert.

Durch die Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik wird Europas Rolle in der Welt gestärkt. Das abgestimmte Vorgehen im Nahen Osten, auf dem Balkan und insbesondere gegenüber dem iranischen Nuklearprogramm zeigt die Fortschritte, die in Europa in den letzten Jahren erreicht worden sind. Auch bei der Bewältigung transnationaler Herausforderungen wie der organisierten Kriminalität, dem Klimawandel oder bei der Energiesicherheit liegen die Vorteile europäischer Integration auf der Hand. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden weitere Schritte zu einer wirksamen gemeinsamen Außenpolitik unternommen.

Um den Menschenrechten zu weltweiter Geltung zu verhelfen, ist eine Stärkung der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union notwendig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Antrag eingebracht, die Menschenrechtspolitik in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus kommt der Menschenrechtspolitik der EU eine wichtige Funktion zu.

Globalisierung gestalten



Die Globalisierung verändert den Alltag der Menschen. Ihre Auswirkungen sind in der Politik und im Wirtschaftsleben direkt spürbar und gewinnen zunehmend an Bedeutung. Ereignisse an entfernten Orten sind längst ein fester Bestandteil in der öffentlichen Wahrnehmung. Früher abgeschottete Märkte haben sich geöffnet. Neue Wirtschaftsmächte entstehen. Damit tun sich auch neue Chancen für Deutschland auf. Mittlerweile hat jeder dritte Beschäftigte in Deutschland heute deshalb einen Arbeitsplatz, weil die Unternehmen in Deutschland die Chancen der Globalisierung nutzen und weltweit nachgefragte Produkte ins Ausland exportieren. Es gibt aber auch Ängste: Viele Menschen betrachten die Globalisierung als Grund für Lohnkürzungen, den Verlust von Arbeitsplätzen oder den Abbau sozialer Standards. Diese Wahrnehmung ist eine große Herausforderung für die deutsche Politik – nicht zuletzt, weil durch die Globalisierung die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik verwischen.



Frieden und Freiheit, Wohlstand und Sicherheit, Wettbewerb, Solidarität und Verantwortung – das sind die Grundpfeiler der Europäischen Union.
Michael Stübgen, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union

Globalisierung gestalten heißt: internationale soziale Marktwirtschaft. Chancen nutzen, Risiken begrenzen; Hilfe zur Selbsthilfe für die Schwachen.

Arnold Vaatz, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Aufbau Ost, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte



Entwicklungspolitik ist der Schlüssel zur gerechten Gestaltung der Globalisierung.

Dr. Christian Ruck, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Der Tourismus sichert in Deutschland 2,8 Millionen nicht exportierbare Arbeitsplätze – vor allem in strukturschwachen Regionen.

Klaus Brähmig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus



Die Förderung und Durchsetzung von Menschenrechten ist fundamentaler Bestandteil unseres christlichen Menschenbildes.

Erika Steinbach, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Globalisierung ist kein Nullsummenspiel: Wachstum und Dynamik in einer Region verlaufen nicht automatisch auf Kosten einer anderen Region. Nötig aber sind verbindliche Spielregeln. Sie sind von enormer Bedeutung für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Auch die ökonomische Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern, die harte Konkurrenz um Ressourcen, die zunehmende Umweltzerstörung und Migrationsbewegungen haben innen- und außenpolitische Folgen, weil sie Frieden und Wohlstand gefährden. Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der politischen Arbeit dieses Jahres zwei Aspekte erfolgreich in den Vordergrund gestellt: die Bedingungen zu verbessern, um die Chancen der Globalisierung besser nutzen zu können, und auf unterschiedlichen Feldern daran mitzuwirken, die Globalisierung zu gestalten.

Das Jahr 2007 war geprägt von den erfolgreichen Präsidentschaften Deutschlands in der Europäischen Union und in der G8. Die EU ist eine unserer Antworten auf die Globalisierung. In der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es gelungen, Europas Handlungsfähigkeit zu sichern. Es ist eine historische Leistung, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in diesem Jahr auf einen Reformvertrag für die Europäische Union geeinigt haben. Diese Einigung ist auch ein Erfolg der klugen Diplomatie der Bundeskanzlerin. Mit der Berliner Erklärung im März und dem engen Mandat für die Regierungskonferenz hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft den Weg dazu geebnet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die parlamentarische Begleitung der Regierungskonferenz angeführt und ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden: Der Reformvertrag sorgt für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten, er macht die EU schlanker und handlungsfähiger, er stärkt die Mitwirkungs-

rechte des Europäischen Parlaments und verleiht der Union mehr Kraft auf dem Feld der gemeinsamen Außenpolitik und bei der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres.

Besonders wichtig ist, dass die nationalen Parlamente künftig ein größeres Gewicht haben werden. Nationale Parlamente werden zu Wächtern des Subsidiaritätsprinzips. Mit der Möglichkeit der mehrstufigen Subsidiaritätsrüge kann die Kommission aufgefordert werden, genauer zu begründen, warum sie einen bestimmten Rechtsakt plant, sofern die Mitgliedstaaten daran zweifeln, dass sie die Kompetenz dazu hat. Mit einer Mehrheit aller nationalen Parlamente kann die Kommission sogar wirksam aufgefordert werden, einen geplanten Legislativvorschlag fallen zu lassen. Schließlich steht den nationalen Parlamenten als letzte Möglichkeit immer noch ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof zu. Die Unionsfraktion wird, wie es im neuen Vertrag heißt, zur „reibungslosen Funktionsweise der Union“ beitragen. Das heißt ganz klar: Wir werden nicht tatenlos zuschauen, wenn die Kommission ihre Kompetenzen überschreitet.

Um unser parlamentarisches Gewicht künftig wirkungsvoll einsetzen zu können, ist schon in diesem Jahr damit begonnen worden, die Europafähigkeit des Bundestages und der Fraktion deutlich zu stärken. Die Informationsflut aus Brüssel wird durch ein neu strukturiertes Referat in der Verwaltung des Bundestages gefiltert, sortiert und aufbereitet. Mit der Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel sind erstmals Referenten der Fraktion am Ort des europäischen Geschehens, um die politischen Entwicklungen zu beobachten, einzuordnen und als Frühwarnsystem rechtzeitig politische Einschätzungen über geplante Rechtssetzungsakte der Kommission zu formulieren.

Subsidiaritätsprinzip

EU-Ratspräsidentschaft

Reformvertrag für die Europäische Union



Europa-Empfang in Berlin: Bundesminister Dr. Franz-Josef Jung; Albert Deß MdEP; der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP; der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP und Gunther Krichbaum, Februar 2007

Auch in den einzelnen Politikfeldern der EU hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Erfolge erzielen können: Im März hat sich der Europäische Rat verbindlich darauf festgelegt, die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien um 20 Prozent zu steigern. Beim Bürokratieabbau wurde vereinbart, die Belastungen in der EU um 25 Prozent zu senken. Mit dem Vorstoß in der Energiepolitik wird

der Einsatz für einen stärkeren Binnenmarkt, eine bessere Versorgung, höhere Effizienz und geringere Kosten für die Verbraucher fortgesetzt. Auch andere Beispiele zeigen, dass der Binnenmarkt ein ideales Instrument dafür ist, gleichzeitig mehr Wettbewerb und Verbrauchernutzen bzw. Verbraucherschutz zu erreichen: Die Gebühren für Mobilfunkgespräche ins Ausland (Roaming) wurden genauso gesenkt wie Bankgebühren. Letzteres dient dem Ziel, einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum zu schaffen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich darüber hinaus in diesem Jahr mit zwei weiteren bedeutsamen Themen beschäftigt: der Stärkung der deutschen Sprache und der Warnung vor immer neuen EU-Behörden. Zum einen wurde angemahnt, dass alle von der EU übermittelten Dokumente vollständig und rechtzeitig in deutscher Sprache vorliegen müssen. Das ist nicht immer der Fall und ärgerlich, weil es die konstruktive Arbeit an der Sache behindert. Zum anderen ist der in vielen Fällen unnötige Ausbau von EU-Agenturen sowie deren Ausstattung und Finanzierung kritisiert worden.

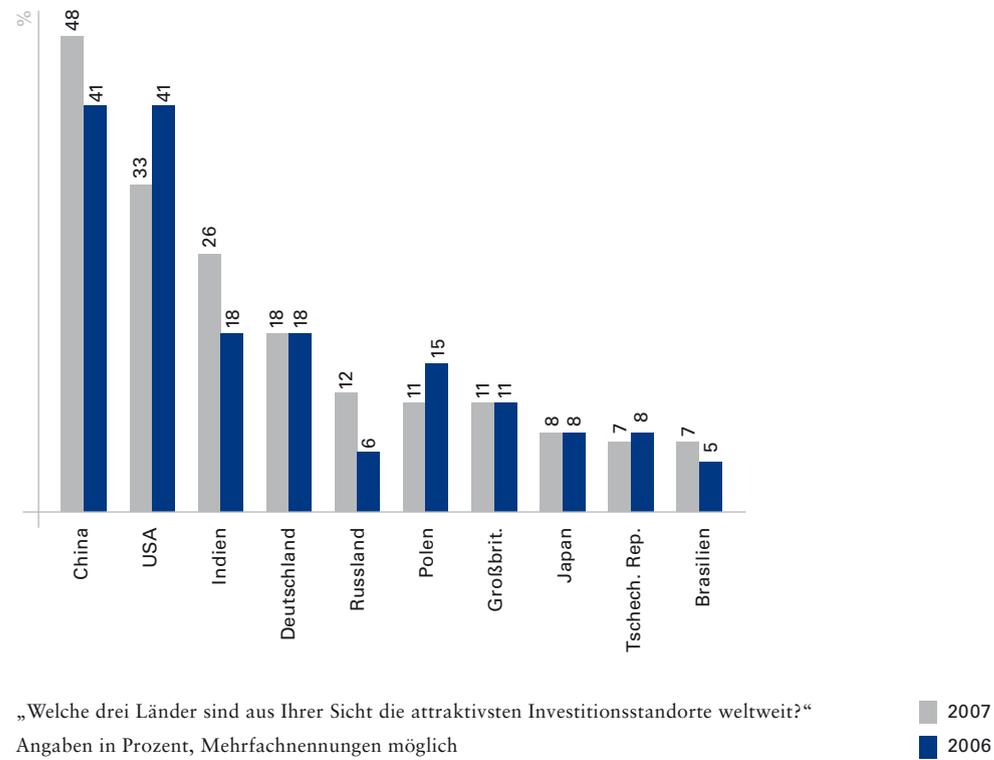


links oben: Fraktionsvorsitzender Volker Kauder mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und dem Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Ramsauer

Der Fraktionsvorstand in Brüssel: Dr. Wolfgang Götzer, Katherina Reiche, Bernhard Kaster, Dr. Martina Krogmann, Arnold Vaatz, Dr. Hans-Peter Friedrich, Georg Brunnhuber, Dr. Andreas Schockenhoff, Gerda Hasselfeldt, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer, Hartmut Koschyk, Dr. Michael Meister, Dr. Norbert Röttgen, Juni 2007

links unten: Kongress „Globalisierung und transatlantische Wirtschaftspartnerschaft“ mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dem Stellvertretenden Finanzminister der USA, Ambassador Robert M. Kimmitt, dem Präsidenten und Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall, Lars Göran Josefsson, dem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Andreas Schockenhoff und dem außenpolitischen Sprecher Eckart von Klæden (v. r.)

Die attraktivsten Länder der Welt



„Welche drei Länder sind aus Ihrer Sicht die attraktivsten Investitionsstandorte weltweit?“

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Ernst und Young, Studie „Standort Deutschland 2007“

Der geschäftsführende Fraktionsvorstand hat bei seiner Reise nach Brüssel im Sommer dieses Jahres mit dem Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, ein offenes, ausführliches Gespräch geführt und darüber hinaus mit der Kommissarin Viviane Reding über Fragen der Informationsgesellschaft sowie mit dem Hohen Repräsentanten für die gemeinsame Außenpolitik, Javier Solana, über wichtige außenpolitische Fragen der EU diskutiert.

Ein weiteres Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war es, eine transatlantische Wirtschaftspartnerschaft auf den Weg zu bringen. Ein wichtiges Ziel ist dabei, den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen voranzutreiben. Solche Handelshemmnisse bestehen in unterschiedlichen Regulierungsansätzen und Produktstandards. Jährlich werden zwischen Europa und den Vereinigten Staaten Waren und Dienstleistungen im Werte von 600 Milliarden Euro gehandelt. Das entspricht etwa 40 Prozent des Welthandels. Und 1,5 Billionen Euro werden auf beiden Seiten des Atlantiks inves-

Transatlantische
Wirtschaftspartnerschaft

Multilaterale Weltwirt-
schaftsordnung

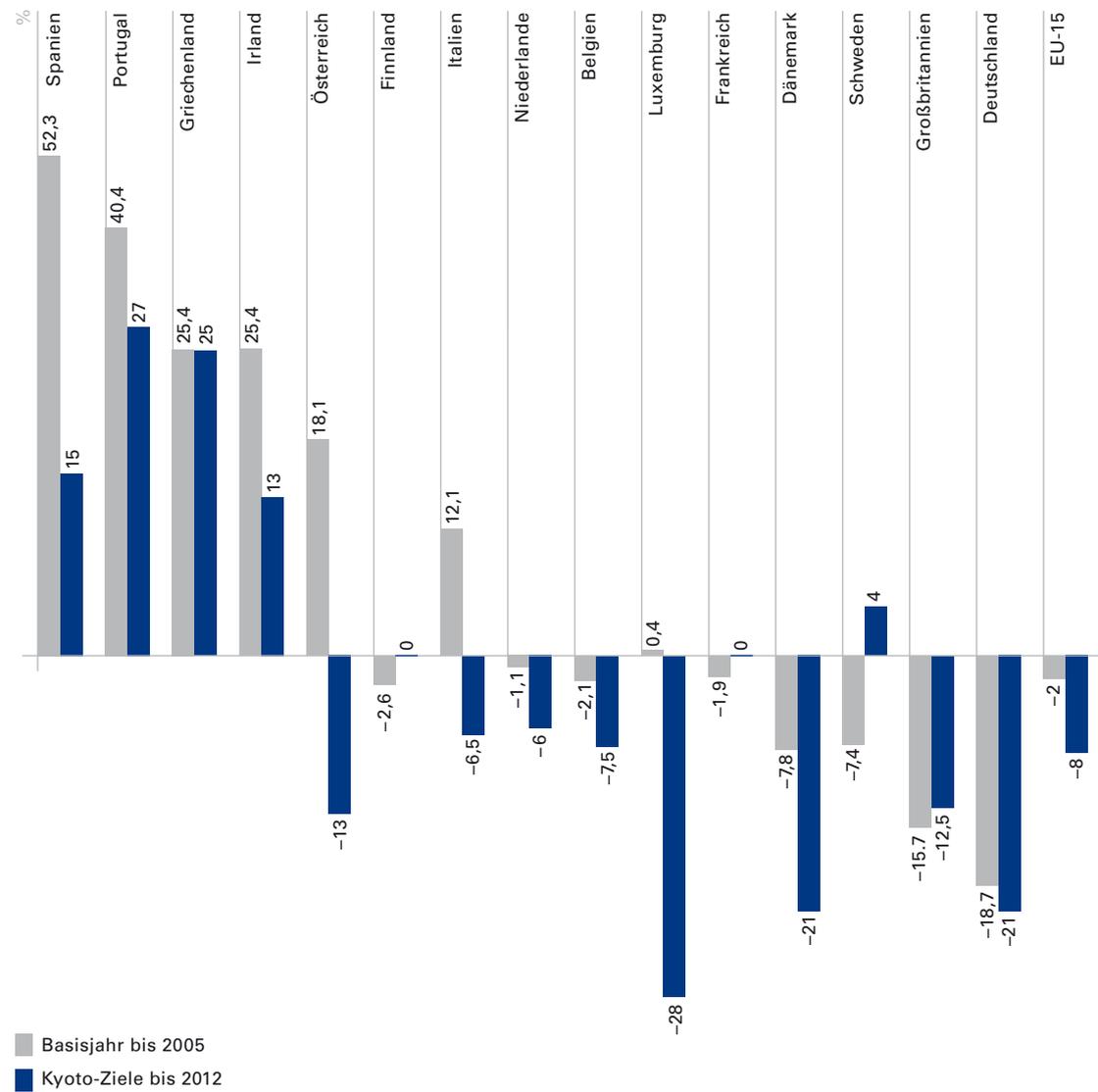
Vorsitz der G8

tiert. Experten schätzen, dass eine stärkere Wirtschaftsintegration das Bruttoinlandsprodukt allein in Deutschland um bis zu 69 Milliarden Euro steigern könnte. Und das führt immer auch zu konkreten Vorteilen für die Bürger. Gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika sind traditionell ein zentrales Anliegen christdemokratischer Außenpolitik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher im Vorfeld dieses Vorhaben aktiv unterstützt um die engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und mit Kanada zu fördern. Mit einer Konferenz im März hat die Fraktion die Bedeutung einer transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft unterstrichen und dazu beitragen können, den Zweck und das Potenzial dieses Vorhabens zu erläutern. Das mittlerweile vereinbarte Rahmenabkommen sieht vor, die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Schutzes geistigen Eigentums, der regulatorischen Zusammenarbeit, der Finanzmärkte, der Investitionsbedingungen, der Rechnungslegungsstandards, der technologischen Innovationen und des sicheren Handels auszubauen. Die Arbeit an gemeinsamen Leuchtturmprojekten hat begonnen. Der neu eingesetzte transatlantische Wirtschaftsrat ist verantwortlich für die Definition von Zielen und Zeitplänen sowie für deren Umsetzung.

Daneben hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wieder deutlich gemacht, dass unser übergeordnetes Ziel eine multilaterale Weltwirtschaftsordnung ist, die sich am Prinzip der Freiheit orientiert. Dies ist auch mit Blick auf die Entwicklungsländer wichtig. Diese dürfen nicht durch eine Abschottungspolitik des Westens ins handelspolitische Abseits geraten. Deshalb setzt sich Deutschland im Rahmen der EU dafür ein, die Entwicklungsländer in das multinationale Handelssystem zu integrieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich daher wiederholt dafür ausgesprochen, dass die Welthandelsrunde der WTO fortgesetzt werden muss.

Den Vorsitz der G8 hat Deutschland ebenfalls erfolgreich nutzen können: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundeskanzlerin dabei begleitet, Deutschlands Rolle bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Globalisierung zu stärken. In Heiligendamm ist es gelungen, dem Klimaschutz im Rahmen der Vereinten Nationen eine neue Perspektive zu eröffnen sowie die Gipfelteilnehmer auf ein gemeinsames ehrgeiziges Ziel zu verpflichten. Die Anerkennung des IPCC-Berichts ist künftig Grundlage weiterer Verhandlungen, die G8-Staaten haben sich zu klar definierten Zielen bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen

Das Kyoto-Protokoll: Ziele und Wirklichkeit Veränderungen der Treibhausgasemissionen in der EU-15



Angaben in Prozent
Quelle: Europäische Umweltagentur

Entwicklungszusammenarbeit



Volker Kauder mit dem Generalsekretär des Europäischen Rates und Hohem Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana

bekannt und die Kyoto-Nachfolgeverhandlungen werden unter dem Dach der UNO geführt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat von Beginn an die klare Position der Bundeskanzlerin in der Klimapolitik unterstützt. Es hat sich gezeigt, dass es richtig und wichtig war, ehrgeizige Ziele für den Gipfel zu formulieren. Darüber hinaus wurde der bessere Schutz geistigen Eigentums substantiell thematisiert und ein strukturierter Dialog mit den Schwellenländern begründet.

Den besonderen Fokus der G8 auf die Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Aids und Malaria hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit zwei Anträgen flankiert. So haben wir die Bundesregierung dabei unterstützt, die Verhandlungen zur Aufstockung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria in Berlin erfolgreich zu gestalten. Wir haben mit dieser Unterstützung unterstrichen, dass die Linderung der Not für die Bedürftigsten ein zentrales Anliegen der Union ist.

Professionelle Entwicklungszusammenarbeit gibt Menschen in ihrer Heimat wieder Hoffnung und lindert den Migrationsdruck. Da Armut die Menschen zwingt, ihre natürlichen Ressourcen kurzfristig auszubeuten und zu zerstören, schützt Entwicklungszusammenarbeit die Umwelt und das globale Klima. Entwicklungspolitik hilft, Ideen und Know-how zu verbreiten. Das stärkt Deutschlands Ansehen und stärkt eine an Menschenrechten orientierte Politik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bedeutung der effektiven Entwicklungszusammenarbeit in einem großen entwicklungspolitischen Kongress thematisiert. Mit der Diskussion über die Verzahnung von Energie- und Entwicklungspolitik, die Rolle der Entwicklungspolitik im internationalen Klimaschutz, Alternativen in der



Kongress „Verantwortliche Gestaltung der Globalisierung“ mit Rupert Neudeck vom Verein Grünhelme, der in Afghanistan Schulen baut, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Senait Mehari, Botschafterin der Kindernothilfe, Moderator Chernob Jobatey und Michael Stich, dessen Stiftung Kinder mit HIV/AIDS unterstützt. (v.l.), Januar 2007



Bekämpfung des Drogenanbaus in fragilen Staaten wie Afghanistan, Bildungsstrategien für Entwicklungsländer sowie die Bewahrung der Schöpfung in Entwicklungsländern sind konzeptionelle Meilensteine gesetzt worden. In einem Positionspapier haben wir deutlich gemacht, dass es angesichts

begrenzter Mittel darauf ankommt, diese klug einzusetzen. Nachhaltige Erfolge gibt es nur, wenn die Entwicklungsländer ihre Selbsthilfekräfte aktivieren, eigenverantwortlich handeln und sich um eine gute Regierungsführung bemühen. Entwicklungszusammenarbeit muss zur Förderung dieser Fähigkeiten auf Schlüsselbereiche konzentriert werden. Dazu gehören unter anderem: Verwaltungsaufbau, Bildung, ländliche Entwicklung, Infrastruktur und der Schutz der Umwelt.

Ehemalige Entwicklungs- oder Schwellenländer sind zu Konkurrenten um die Sicherung der Energieressourcen und Rohstoffe geworden, erschweren die Bemühungen um gute Regierungsführung in anderen Ländern oder unterstützen Staaten, die für uns ein sicherheitspolitisches Risiko darstellen. Zu den Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit müssen deshalb künftig auch das Gefahrenpotenzial und das Potenzial für strategische Partnerschaften gehören. Diese Neuausrichtung wird sich auch in eine bessere interne und internationale Koordination einpassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat durch entwicklungspolitische Anträge zum konzeptionellen Rahmen der deutschen Präsidenschaft, zur Energie-, Klima- und Afrikapolitik die Arbeit der Bundesregierung gestärkt und entsprechende inhaltliche Impulse gegeben. Die finanziellen Vereinbarungen zur Entwicklungspolitik und zur Hilfe für Afrika sind ein gutes Signal dafür, dass Deutschland seiner Verantwortung gerecht wird und vor allem Afrika mehr Aufmerksamkeit schenkt.

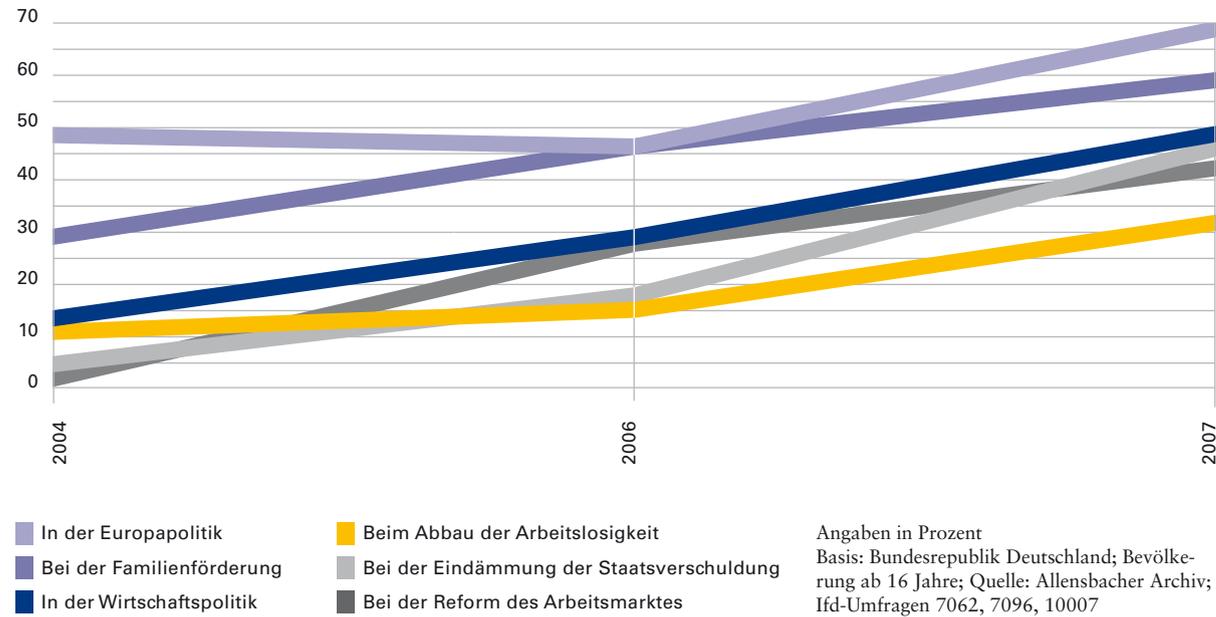
Für Deutschland bietet die Globalisierung vor allem gute Chancen, den Wohlstand zu sichern und auszubauen. Deutschland ist ein wissenshungriges und innovationsfreudiges Land. Seine Erfindungen, Waren und Dienstleistungen werden welt-

Strategische Standortpolitik

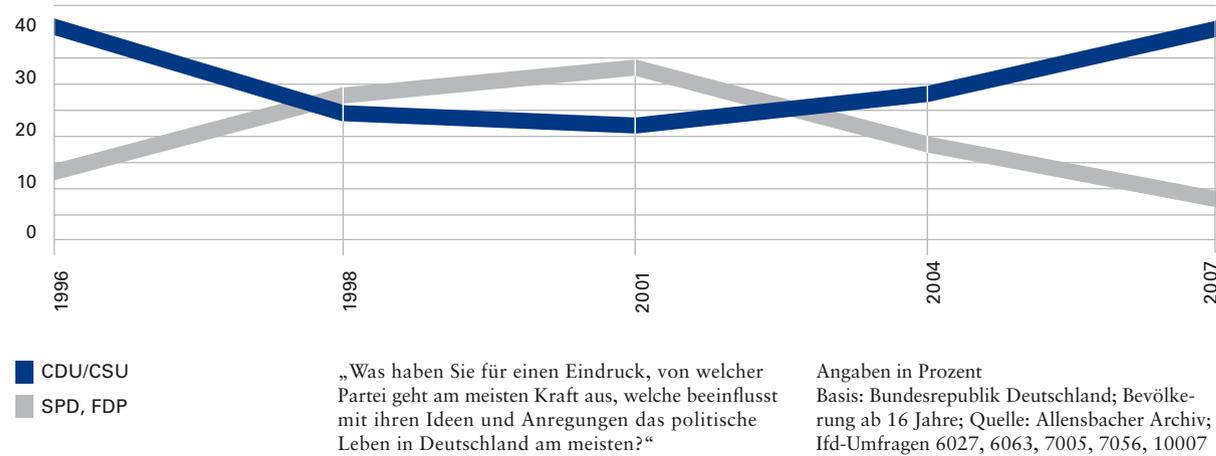
weit nachgefragt. Als Exportnation lebt Deutschland wie kaum ein anderes Land vom freien Zugang zu anderen Märkten, von freien Finanzströmen und von der Konkurrenz um Erfindungen und Innovationen. Deutsche Unternehmen vom kleinen Mittelständler bis zum DAX-Konzern haben in den vergangenen Jahren erfolgreich die Chancen der ökonomischen Globalisierung genutzt und durch Investitionen im Ausland neue Absatzmärkte für ihre Produkte und Dienstleistungen erschlossen. Auch umgekehrt sind die Auslandsinvestitionen in Deutschland so stark gestiegen wie seit sechs Jahren nicht mehr. Insgesamt 42,8 Milliarden US-Dollar flossen nach Deutschland. Das ist eine Steigerung um rund 20 Prozent. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt daher den Ansatz einer Strategischen Standortpolitik. Neben der kontinuierlichen Verbesserung der Investitionsbedingungen in Deutschland besteht das Ziel, die Verbesserung der Transparenz von Kapitalströmen sowie eine grundsätzliche Vereinheitlichung von Offenlegungs- und Meldepflichten an den internationalen Kapitalmärkten zu erreichen. Im Rahmen der G8 und des IWF gehören dazu Transparenzregeln im Bereich der Hedge-Fonds und von Private Equity. Neben den Investitionen aus diesen Bereichen haben zahlreiche Länder mittelbar Ein-

fluss auf Unternehmen gewonnen oder eigene Fondsgesellschaften ins Leben gerufen (Sovereign Wealth Funds). Experten schätzen das gegenwärtige Volumen der Staatsfonds auf über 1,4 Billionen Euro. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit Deutschlands mit ausländischen Investoren soll auch in Zukunft weiter vertieft werden. Es ist dennoch richtig, dass sich die Fraktion in diesem Jahr daran beteiligt hat, Vorschläge zu entwickeln, wie in Einzelfällen eine unerwünschte politische Einflussnahme durch Investitionen in jenen Bereichen sinnvoll und mit Augenmaß begrenzt werden kann, die relevant für die öffentliche Sicherheit oder strategische Infrastruktur sind.

Wachsende Anerkennung für die Wirtschafts-, Finanz- und Familienpolitik – da leistet die Regierung gute Arbeit



Die Union wird als die prägende Kraft empfunden



Die Landesgruppenvorsitzenden: Joachim Hörster (Rheinland-Pfalz), Dr. Michael Luther (Sachsen), Uda Heller (Sachsen-Anhalt), Bernd Siebert (Hessen), Dirk Fischer (Hamburg), Ingo Schmitt (Berlin), Norbert Königshofen (Stellv. Vorsitzender Nordrhein-Westfalen), Georg Brunnhuber (Baden-Württemberg, Sprecher der CDU-Landesgruppen), Michael Stübgen (Brandenburg), Manfred Grund

(Thüringen), Enak Ferlemann (Niedersachsen), Dr. Ole Schröder (Schleswig-Holstein)

Nicht im Bild: Ulrich Adam (Mecklenburg-Vorpommern), Peter Altmaier (Saarland), Peter Hintze (Nordrhein-Westfalen), Bernd Neumann (Bremen), Dr. Peter Ramsauer (Vorsitzender der CSU-Landesgruppe)

Gremien der Fraktion

Fraktionsvorstand

Geschäftsführender Vorstand

Fraktionsvorsitzender
Volker Kauder

Erster Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe:
Dr. Peter Ramsauer

Stellvertretende Vorsitzende mit den Arbeitsbereichen:

Recht, Innen, Sport, Kunst, Kultur und Medien, Petitionen, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler
Wolfgang Bosbach

Wirtschaft, Mittelstand, Finanzen, Haushalt
Dr. Michael Meister

Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz
Wolfgang Zöllner

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer
Ilse Falk

Außen, Verteidigung, Europa
Dr. Andreas Schockenhoff

Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus, Kommunalpolitik
Dr. Hans-Peter Friedrich

Bildung und Forschung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Katherina Reiche

Aufbau Ost, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte
Arnold Vaatz

Parlamentarische Geschäftsführer:

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Dr. Norbert Röttgen

Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe
Hartmut Koschyk

Manfred Grund
Bernhard Kaster
Dr. Martina Krogmann

Justiziere
Hermann Gröhe
Dr. Wolfgang Götzer

Sprecher der CDU-Landesgruppen
Georg Brunnhuber

Arbeitsgruppen und Soziologische Gruppen

Vorsitzende der Arbeitsgruppen:

Recht
Dr. Jürgen Gehb

Innen
Dr. Hans-Peter Uhl

Wirtschaft und Technologie
Laurenz Meyer

Finanzen
Otto Bernhardt

Haushalt
Steffen Kampeter

Gesundheit
Annette Widmann-Mauz

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Peter Bleser

Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Johannes Singhammer

Arbeit und Soziales
Dr. Ralf Brauksiepe

Auswärtiges
Eckart von Klaeden

Verteidigung
Bernd Siebert

Angelegenheiten der Europäischen Union
Michael Stübgen

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost
Dirk Fischer

Bildung und Forschung
Ilse Aigner

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Marie-Luise Dött

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dr. Christian Ruck

Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Erika Steinbach

Sport und Ehrenamt
Klaus Riegert

Kultur und Medien
Wolfgang Börnsen

Tourismus
Klaus Brähmig

Petitionen
Günter Baumann

Föderalismuskommission II
Antje Tillmann

Vorsitzende der Soziologischen Gruppen:

Gruppe der Frauen
Ingrid Fischbach

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
Peter Götz

Arbeitnehmergruppe
Gerald Weiß

Parlamentskreis Mittelstand
Dr. Michael Fuchs

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Jochen-Konrad Fromme

Junge Gruppe
Marco Wanderwitz

Gremien des Bundestages

Beisitzer im Fraktionsvorstand:

Norbert Barthle
Veronika Bellmann
Leo Dautzenberg
Maria Eichhorn
Ingrid Fischbach
Hans-Joachim Fuchtel
Michael Grosse-Brömer
Hubert Hüppe
Julia Klöckner
Dr. Günter Krings
Eduard Oswald
Rita Pawelski
Bernd Schmidbauer
Max Straubinger
Klaus-Peter Willsch

Weitere Gremien

Beauftragte der Fraktion für:

Belange der Menschen mit Behinderungen
Hubert Hüppe

Drogen
Maria Eichhorn

Kirchen und Religionsgemeinschaften
Ingrid Fischbach

Verbraucherschutz
Julia Klöckner

Tierschutz
Dr. Peter Jahr

Energie-Koordinationsgruppe
Dr. Joachim Pfeiffer (Vorsitzender)
Dr. Georg Nüßlein (Stellvertreter)

Vorsitzende der Landesgruppen:

Baden-Württemberg
Georg Brunnhuber

Berlin
Ingo Schmitt

Brandenburg
Michael Stübgen

Bremen
Bernd Neumann

Hamburg
Dirk Fischer

Hessen
Bernd Siebert

Mecklenburg-Vorpommern
Ulrich Adam

Niedersachsen
Enak Ferlemann

Nordrhein-Westfalen
Peter Hintze

Rheinland-Pfalz
Joachim Hörster

Saarland
Peter Altmaier

Sachsen
Dr. Michael Luther

Sachsen-Anhalt
Uda Heller

Schleswig-Holstein
Dr. Ole Schröder

Thüringen
Manfred Grund

Bundestagspräsident
Dr. Norbert Lammert

Bundestagsvizepräsidentin
Gerda Hasselfeldt

Vorsitzende der Bundestagsausschüsse:

Rechtsausschuss
Andreas Schmidt

Finanzausschuss
Eduard Oswald

Auswärtiger Ausschuss
Ruprecht Polenz

Ausschuss für Arbeit und Soziales
Gerald Weiß

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Gunther Krichbaum

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Dr. Klaus Lippold

Ausschuss für Tourismus
Marlene Mortler

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Thomas Strobl

1. Untersuchungsausschuss
Siegfried Kauder

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Vorsitz
Gitta Connemann

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Vorsitz
Dr. Günter Krings

224 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

A

Adam, Ulrich
Aigner, Ilse
Albach, Peter
Altmaier, Peter

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Bauer, Dr. Wolf
Baumann, Günter
Beck, Ernst-Reinhard
Bellmann, Veronika
Bergner, Dr. Christoph
Bernhardt, Otto
Binnering, Clemens
Bismarck, Carl-Eduard von
Blank, Renate
Bleser, Peter
Blumenthal, Antje
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Borchert, Jochen
Börnson, Wolfgang
Bosbach, Wolfgang
Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Brüning, Monika
Brunnhuber, Georg

C

Caesar, Cajus Julius
Connemann, Gitta

D

Dautzenberg, Leo
Deittert, Hubert
Dobrindt, Alexander
Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise

E

Eichhorn, Maria
Eisel, Dr. Stephan
Eymer, Anke

F

Falk, Ilse
Faust, Dr. Hans Georg
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Fischer, Hartwig
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert

Friedrich, Dr. Hans-Peter
Fritz, Erich G.
Fromme, Jochen-Konrad
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim

G

Gauweiler, Dr. Peter
Gehb, Dr. Jürgen
Geis, Norbert
Gienger, Eberhard
Glos, Michael
Göbel, Ralf
Göppel, Josef
Götz, Peter
Götzer, Dr. Wolfgang
Granold, Ute
Grindel, Reinhard
Gröhe, Hermann
Grosse-Brömer, Michael
Grübel, Markus
Grund, Manfred
Grütters, Prof. Monika
Guttenberg, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
Gutting, Olav

H

Haibach, Holger
Hasselfeldt, Gerda
Heinen, Ursula
Heller, Uda
Hennrich, Michael

Herrmann, Jürgen
Heynemann, Bernd
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hochbaum, Robert
Hofbauer, Klaus
Holzenkamp, Franz-Josef
Hörster, Joachim
Hübinger, Anette
Hüppe, Hubert

J

Jaffke, Susanne
Jahr, Dr. Peter
Jordan, Dr. Hans-Heinrich
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Karl, Alois
Kaster, Bernhard
Kauder, Siegfried
Kauder, Volker
Klaeden, Eckart von
Klimke, Jürgen
Klößner, Julia
Koeppen, Jens
Köhler, Kristina
Kolbe, Manfred
Königshofen, Norbert

Koschorrek, Dr. Rolf
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther
Kriings, Dr. Günter
Krogmann, Dr. Martina
Krummacker, Jo
Kues, Dr. Hermann

L

Lamers, Dr. Karl A.
Lämmel, Andreas
Lammert, Dr. Norbert
Landgraf, Katharina
Lehmer, Dr. Maximilian
Lehrieder, Paul
Liebing, Ingbert
Lintner, Eduard
Lippold, Dr. Klaus
Lips, Patricia
Luther, Dr. Michael

M

Mayer, Stephan
Meckelburg, Wolfgang
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Merz, Friedrich
Meyer, Laurenz
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans
Mißfelder, Philipp

Möllring, Dr. Eva
Mortler, Marlene
Müller, Bernward
Müller, Carsten
Müller, Dr. Gerd
Müller, Hildegard
Müller, Stefan

N

Neumann, Bernd
Noll, Michaela
Nüßlein, Dr. Georg

O

Obermeier, Franz
Oswald, Eduard
Otte, Henning

P

Pawelski, Rita
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle
Philipp, Beatrix
Pofalla, Ronald
Polenz, Ruprecht

R

Raab, Daniela
Rachel, Thomas
Raidel, Hans
Ramsauer, Dr. Peter
Rauen, Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riegert, Klaus
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz
Romer, Franz-Xaver
Röring, Johannes
Rossmann, Kurt J.
Röttgen, Dr. Norbert
Ruck, Dr. Christian
Rupprecht, Albert
Rzepka, Peter

S

Schäfer, Anita
Scharf, Hermann-Josef
Schäuble, Dr. Wolfgang
Schauerte, Hartmut
Schavan, Dr. Annette
Scheuer, Dr. Andreas
Schiewerling, Karl
Schindler, Norbert
Schirmbeck, Georg
Schmidbauer, Bernd
Schmidt, Andreas
Schmidt, Christian
Schmitt, Ingo
Schockenhoff, Dr. Andreas

Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggel, Bernhard
Schummer, Uwe
Sebastian, Wilhelm Josef
Seehofer, Horst
Segner, Kurt
Seib, Marion
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes
Spahn, Jens
Steinbach, Erika
Stetten, Christian Freiherr von
Storjohann, Gero
Storm, Andreas
Straubinger, Max
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael

T

Thul, Hans Peter
Tillmann, Antje

U

Uhl, Dr. Hans-Peter

V

Vaatz, Arnold
Vogel, Volkmar
Voßhoff, Andrea

W

Wächter, Gerhard
Wanderwitz, Marco
Wegner, Kai
Weinberg, Marcus
Weiß, Gerald
Weiß, Peter
Wellenreuther, Ingo
Wellmann, Karl-Georg
Widmann-Mauz, Annette
Willsch, Klaus-Peter
Wimmer, Willy
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wöhrl, Dagmar G.

Z

Zöllner, Wolfgang
Zylajew, Willi

Kontakt

CDU/CSU- Bundestags- abgeordnete

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

Berliner Büro
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro

vorname.zuname@wk.bundestag.de

Bürgerbüro

Seit dieser Wahlperiode hat die CDU/
CSU-Bundestagsfraktion ein Büro für
Bürgerkommunikation eingerichtet.

Bei Fragen, Anregungen und Kommen-
taren zur Arbeit der Unionsfraktion
erreichen Sie dieses unter:

Bürgertelefon: (030) 227-55550
www.cducsu.de/kontakt

www.cducsu.de



Das Internetangebot der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion informiert Sie unter
www.cducsu.de stets aktuell über die
parlamentarische Arbeit der Fraktion im
Deutschen Bundestag. Pressemittei-
lungen, Bundestagsreden und parlamen-
tarische Initiativen können dort abge-
rufen werden.

Hören und abonnieren Sie iKauder,
den Podcast der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion, oder melden Sie sich für
unseren Newsletter an. Der Bereich
„Bundestag aktuell“ informiert Sie um-
fassend über das Plenargeschehen.

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie
unter www.csu-landesgruppe.de.

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Impressum

Herausgeber

Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Redaktion

Dr. Alexander Brakel, Verena Herkenhoff, René Lüddecke

Kontakt

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-55374
Telefax: (030) 227-50146
fraktion@cducsu.de, www.cducsu.de

Fotos

Laurence Chaperon

Weitere Fotos und Grafiken

Deutscher Bundestag, Frank Bergmann, Markus Hammes,
Armin Linnartz, Thierry Monasse, Werner Schüring

Bundestagsadler: Copyright Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung
1999, Studio Laeis, Köln

Design

COMMON Gesellschaft für Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit mbH, www.common.de
Sebastian Schramm

Datum

November 2007

Druck

Henrich Druck + Medien GmbH, Frankfurt am Main

Lektorat

Tanja Reindel, Frankfurt am Main

Bildbearbeitung

Braun & Sohn Druckerei und Werbeproduktions GmbH

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient
ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahl-
kampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

